

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkature und verwandten Berufsgenossen,

so wie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Wahlbinder) und Stukkature Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen.
für die viergespaltenen Beilagen oder deren Raum 80 A.
Zeitungsbreislifte Nr. 8124.

Inhalt: Der Stand der Sozialpolitik im Reichstage. — Mauerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Versammlungen und sonstige Bewegung. — Stukkature. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterfragen, Submissionen zc. — Verschickenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

Der Stand der Sozialpolitik im Reichstage.

Seit dem 11. Januar hat der Reichstag eine Reihe wichtiger und interessanter sozial-politischer Debatten erlebt. Anlaß dazu bot der zur Spezialberatung stehende Etat des Reichsamtes des Innern. Es konnte zunächst nicht fehlen, daß die persönliche Stellung des Grafen Posadowsky, betreffend die 12 000 Mark-Affaire, nochmals eine gründliche Erörterung erfuhr. Der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer-Werlin leitete diese Erörterung ein mit einer kräftig sehr scharf ausgeprägten längeren Rede. Es handelte sich dabei hauptsächlich darum, den Staatssekretär und womöglich auch den Reichskanzler nochmals zu einer Äußerung zu provozieren und zwar speziell hinsichtlich des scharfen Gegensatzes, in welchem diese zwei Beamten bei ihrer Stellungnahme zu der Schmarfacher-Breitegabe sich gebärden. Neue Gesichtspunkte zur Sache konnten selbstverständlich nach der gründlich-erschöpfenden Behandlung, welche dieselbe bereits erfahren hat, nicht mehr geltend gemacht werden. Aber der Zweck, den der sozialdemokratische Redner mit seinen Ausführungen verband, gewissermaßen das Siegel auf die moralische Niederlage der offiziellen „Haarshaltenden“ Politik zu drücken, wurde erreicht. Graf Posadowsky mußte wohl oder übel nochmals den Kampf aufnehmen, aber seine „Verteidigung“ war wiederum eine recht unglückliche, wie das ja auch garrichtig anders zu erwarten stand. Seine ungünstige Position wurde dadurch nicht verbessert, daß der konservative Abgeordnete Dr. Dertel ihm zu Hilfe kam mit der absurden Behauptung, daß die Arbeiter dem Staatssekretär „viel mehr zu verdanken haben“ als die Arbeitgeber (III) und daß man nur wünschen kann, Graf Posadowsky möge „zum Segen der deutschen Arbeiter noch recht lange auf seinem Posten bleiben“.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Entziehung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der 12000 Mark-Affaire wurde vom konservativen Abg. v. Kardorff lebhaft bekämpft. Dieser Herr erblickte sich nicht, geradezu ein Vertrauensvotum für Posadowsky zu fordern!

Der Staatssekretär selbst erklärte, daß er das Vertrauen des Monarchen besitze und gegen alle gefährlichen Angriffe stand halten werde. Uebrigens erwies er für die Unterstützung der Konservativen sich dadurch dankbar, daß er dieselben seiner wohlwollenden Hilfe in der Frage der Sozialpolitik versicherte. Und mit dankenswerther Offenheit stellte er fest, daß nicht er, sondern der Bundesrath es sei, der jeden Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung verhindere.

Der Abg. Wolfenbühr brachte die bekannte Aeußerung des Kaisers zur Sprache, daß der Hamburger Werftarbeiter-Ausstand im Sommer vorigen Jahres das Vaterlandslager Agitatoren gewesen sei. Der Redner führte sehr sachlich den Nachweis, daß es sich nicht um einen Streik, sondern um eine frivole Ausperrung der Arbeiter gehandelt habe und der Kaiser durchaus falsch unterrichtet worden sei.

Bei dem Titel „Gewerkschaft“ konnte der nationalliberale Abgeordnete Wasseremann nicht umhin, die Nothwendigkeit der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, die sich in Ossen und Mühlentberg sehr gut bewähren haben, zu betonen. Betreffend die Arbeiterorganisationen, bemerkte er, daß dieselben seit dem Jahre 1897 etwa 97 Millionen für Unterhaltungszwecke

und nur drei Millionen für Streiks ausgegeben haben. Daraus sei zu ersehen, daß diese Organisationen durchaus nicht feilbiglich Streikvereine seien. Redner vertrat die schon früher öfter von ihm geäußerte Ansicht der Erziehung gemeinschaftlicher Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber — eine Ansicht, die von der absolut hallofen Voraussetzung ausgeht, es sei möglich, eine „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ herzustellen.

Lebhafteste Auseinandersetzungen riefen auch die Anträge der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Nationalliberalen hervor, die sich auf die Einführung obligatorischer Gewerbegerichte, auf die Ausdehnung der Kompetenz dieser Gerichte und ihre Ausgestaltung zu Einigungsämtern beziehen. Die Stellung der Parteien zu diesen Anträgen war die von früher her bekannte. Das Zentrum ließ durch seinen Redner, Dr. Hoge, erklären, daß es die Gewerbegerichte als Mittel zur Pflege der sozialen Verhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern betrachte. Denselben Standpunkt vertrat Namens der Nationalliberalen der Abgeordnete Wed-Hedelberg, der u. A. die Anschauung bekämpfte, daß der Arbeiter sich der Willkür der Unternehmer zu fügen habe. Die Redner der Konservativen hingegen wollten von den Anträgen nichts wissen. Sie sehen in der Ausgestaltung der Gewerbegerichtsbarkeit eine „Förderung der sozialdemokratischen Umwälzungsbestrebungen“. — Zusammen rief der Abgeordnete v. Kardorff: Es gehe mit unserer Sozialpolitik ohnehin schon in so rasender Fahrt vorwärts (II), daß es ein Unglück gebe, wenn nicht gebremst werde!!! Herr Kardorff mußte sich seitens der sozialdemokratischen Zubeit und Rosenow den unwiderleglichen Vorwurf gefallen lassen, daß die demagogischen Dummheiten, die er gegen die Gewerbegerichte ausgespielt, lediglich die Wiederholung einer vor drei Jahren vom Freiherrn von Stumm gehaltenen Rede seien. Der Unstrebliche ist krank und sein Freund Kardorff vertritt ihn im Reichstage. Die Anträge wurden einer Kommission überwiesen.

Der Zentrumsabgeordnete Mintelen bereite seine Fraktion eine böse Verlegenheit, indem er für die in der Budgetausvorlage vorgesehenen gewissen Bestrafung des Streikpostens eintrat. Durch solche Bestrafung werde das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht beeinträchtigt. Wohl aber sei das Streikpostensystem ein Verstoß gegen die Freiheit der Arbeitswilligen!! Deshalb müsse er unbedingt für das Verbot desselben eintreten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer-Werlin brang darauf, zu erfahren, ob Herr Mintelen diese Erklärungen über das Streikpostensystem Namens der Zentrumsfraktion abgegeben hat? Von den Vägen des Zentrums wurde „Nein“ gerufen. Und der Abgeordnete Hoge erklärte, daß er die Stellungnahme seines Fraktionsgenossen Mintelen nicht billigen könne; er stehe immer noch auf dem Standpunkte, das dem Zentrum seinerzeit durch die Ablehnung der Zuschlagsvorlage einschließliche des Streikpostensverbotes eingenommen habe. Diese Erklärung kann nicht aufgefakt werden als eine Namens der Zentrumsfraktion abgegeben; sie betrifft nur die persönliche Stellungnahme des Herrn Hoge. Es bleibt abzuwarten, ob eine ausdrückliche Dekabotierung Mintelen's Namens der Zentrumsfraktion erfolgt.

Am Montag, den 21. Januar, wurde die Spezialberatung des Etats des Innern fortgesetzt und kam es zu weiteren interessanten Auseinandersetzungen.

Inzwischen hatte der „Vorwärts“ Gelegenheit gehabt, einen weiteren Brief des Herrn Bued, Generalsekretär der Schmarfacher, genannt: Zentralverband der Industriellen, zu veröffentlichen. Der Brief stammt aus dem Jahre 1898 und ist gerichtet an den inzwischen verstorbenen bayerischen Reichsrath v. Gahler. Bued rühmt sich darin, den früheren preussischen Handelsminister v. Werlepsch „klein bekommen zu haben“, d. h. seine Entlassung aus dem Amte zu be-

wertstelligen. Dem preussischen Handelsminister untersteht auch die „Sozialreform“; und obwohl die Arbeiterschaft in Preußen wenig von der Arbeiterfreundlichkeit des Herrn v. Werlepsch gespürt hat, so war der Minister den Schmarfachern doch viel zu „arbeiterfreundlich“. Dagegen gefällte ihnen der Nachfolger Werlepsch, der jetzige Minister v. Bresfeld, außerordentlich gut, weil dieser die Lage der Arbeiter für „vollkommen befriedigend“ hält. Dies geht aus dem Bued'schen Brief aus folgenden Stellen hervor:

„Meine persönlichen Beziehungen zu dem neuen Handelsminister sind gut und ich empfand dies auch bei einem ihm gestern abgeleiteten Besuche. Ich wurde sehr freundlich empfangen und auf meine Anrede, daß ich gekommen sei, um meine Glückwünsche abzustatten und dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß das Handelsministerium mit dem Zentralverbande freundliche Beziehungen unterhalten möge, erwiderte er, daß, soweit seine Person dazu beitragen in der Lage sei, dies der Fall sein sollte. Er fuhr dann fort, daß er allseitig auf große Rücksicht würde rechnen müssen, denn wenn er vorher hätte übersehen können, auf wie vielen Gebieten seines Ressorts ihm die nothwendige Erfahrung und Kenntniß fehle, so würde er noch größere Bedenken gehabt haben, das Amt zu übernehmen; unter den Schwierigkeiten seien er auch zu verstehen, daß, wie er sagte, „ein gewisses Abweichen von dem bisherigen System mit der seiner Aufgabe gebühre“, damit war mir der gewünschte Anlaß gegeben, die bisherige Richtung des Handelsministeriums in den sozialpolitischen Fragen in die Besprechung zu ziehen, wozüber wir uns etwa 2 Stunden unterhalten haben.“

Weiter erklärt Bued, daß die Ablehnung des im Uebrigen ganz vernünftigen Handelstammengesetzes hauptsächlich gegen die weiteren Pläne des Herrn v. Werlepsch gerichtet gewesen sei und zwar hauptsächlich gegen die von ihm geplante Organisation der Arbeiter. Die Gesährlichkeit dieser extremen Maßregel erkannte er (v. Bresfeld) vollkommen an. Ich setze eingehend den Standpunkt des Zentralverbandes zur sozialpolitischen Gesetzgebung auseinander, betonte, daß wir dieselbe thätkräftig unterstützen und gefördert (II) haben, bezweckten aber auch die Punkte, in denen man unserm Achtens bereits zu weit gegangen sei.“

Ueber die Stellung Bresfeld's zur Sozialreform sagt Bued dann noch: „Erstlich ist er von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich die Lage der arbeitenden Klasse gegen früher ganz außerordentlich gebessert habe, daß sie als eine vollkommen befriedigende bezeichnet werden müsse und daß die von gewisser Seite ausgehenden Klagen über die traurige Lage der Arbeiter ein Unfug sei. Daher sei er dafür, jetzt in dem Laufe der sozialpolitischen Gesetzgebung mehr Ruhe einzutreten zu lassen und das sei auch die Ansicht des Kaisers.“

Das intime Verhältnis der Minister zu den Schmarfachern, das erneut durch diesen Brief erwiesen ist, und insbesondere den Standpunkt des Ministers-Bresfeld in der Sozialreform, unterzog der sozialdemokratische Abgeordnete Busch einer gehörigen Würdigung. Der Redner fand es als besonders beachtlich, festzustellen, daß der Kaiser dieselben Ansichten hegt habe, wie Minister Bresfeld sie mit Bewilligung des Schmarfachers' Briefe habe.

Zu Anfang der Sitzung hatte der Zentrumsabgeordnete Dr. Hoge es unternommen, die bekannten Hirtenbriefe der Bischöfe, betreffend die katholischen Arbeitervereine, zu vertheidigen. Er stellte dabei nämlich die Behauptung auf, es sei eine „Pflicht der Bischöfe“, die Arbeiter vor den sogenannten „neutralen“ und noch mehr vor den sozialdemokratischen Gewerbevereinen zu warnen; der neutrale Gewerbeverein sei nur „Festigungspfad“ für die Sozialdemokratie, sich in Hirtenbriefen auch gegen Arbeitgeber zu wenden, dazu hätten die Bischöfe keinen

Grund III. Freilich nicht, denn nach Verfallener Auffassung sind die Arbeitgeber ja eine Art Verwalter der Guttheit.

Die sozialdemokratische Abgeordnete P. S. Horn und v. Wallmar unterzogen am Dienstag diese Ausführungen der verdienten, scharf verurteilenden Kritik. Wallmar stellte dabei zugleich die gesamte Sozialpolitik des Zentrums in das rechte Licht. Das Zentrum sei verantwortlich dafür, daß auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Sozialgesetzgebung nicht mehr geleistet werde. Wenn die Partei des Herrn Hoge auch nur etwas von der Energie, die es gegenwärtig für die Vertheuerung der Lebensmittel durch höhere Zölle im Bunde mit den Agrariern verwendet, auf die Sozialreform gelegt hätte, so wäre zweifellos mehr erreicht worden. Mit den sogenannten christlichen Gewerkschaften verfolgte das Zentrum das verdammensthe Ziel, die Arbeiter zu zersplittern und ihre Bewegung erfolglos zu machen. Aber auf die Dauer werde die „regierende Partei“ damit kein Glück haben; es könne nicht ausbleiben, daß die katholischen Arbeiter in richtiger Würdigung ihrer Interessen sich mehr und mehr zu der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation bekennen.

Am Mittwoch, als an einem Schwermetalltage, wurde die Wohnungsfrage auf Grund von drei Anträgen aus der Mitte des Hauses verhandelt. Ein Antrag der National Liberalen geht dahin: „Den Herrn Reichsstatler zu ersuchen, in thunlicher Weise eine Kommission einzuberufen, bestehend aus amtlichen Vertretern des Reichs- und einzelner Bundesstaaten, Mitgliedern des Reichstages und anderen in der Wohnungsfrage praktisch thätigen Männern, und diese Kommission mit der Aufgabe zu betrauen: 1. Durch eine Wohnungsenquête die allgemeinen und lokalen Wohnungsverhältnisse im Reiche zu untersuchen und festzustellen; 2. die in der Bewegung für eine allgemeine Wohnungsreform aufgetretenen Vorschläge zu prüfen und über ausführbare Maßregeln Vorschläge abzugeben; 3. insbesondere über die zweckmäßige Organisation der öffentlichen Wohnungsfürsorge und über staatliche und kommunale Vermittelung des erforderlichen Kredits für gemeinnützige Bauvereine und Baugenossenschaften Vorschläge zu machen.“ In Verbindung damit steht der sozialdemokratische Antrag Albrecht und Gen.: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf betr. Regelung des Wohnungswesens vorzulegen, insbesondere die Normalbestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinpektion, sowie Schaffung eines Reichswohnungsamtes“, und der Antrag Schrader-Garai: „Den Herrn Reichsstatler zu ersuchen, eine Kommission einzuberufen, bestehend aus amtlichen Vertretern, Mitgliedern des Reichstages und anderen in der Wohnungsfrage erfahrenen Männern, mit der Aufgabe, eine Prüfung der bestehenden Wohnungsverhältnisse und der auf das Wohnungswesen bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungseinrichtungen in ihr geeignet erscheinender Weise, insbesondere durch Vernehmung von Sachverständigen vorzunehmen, über das Ergebnis der Prüfung zu berichten und Vorschläge darüber zu machen, ob und in welcher Weise ein Eingreifen des Reiches zur Beseitigung der Wohnungsnot angezeigt ist.“

In der Debatte erfaßt die Bedeutung der Wohnungsfrage allseitig eine ziemlich übereinstimmende Würdigung. Der sozialdemokratische Antrag wurde von den Abgeordneten Schmidt-Frankfurt und Stolle in erschöpfendster Weise begründet. Es wurde dabei auch die Notwendigkeit der Verbesserung und möglichen Vereinfachung der Bauordnung nachdrücklich betont und das Erfordernis einer Reform des Mietrechts, des Mietsprozesses und der Zwangsvollstreckung in demselben Sinne, in welchem der „Grundstein“ das selbst Jahren schon so oft getan hat, vorgelegt. Die konservativen Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande bessere seien, als in den Städten, und daß, wenn die Arbeiter auf dem Lande bleiben möchten, in den Städten keine Wohnungsnot existieren würde. Uebrigens bekamen sich die Redner der Rechten zu der vom Staatssekretär Posadowsky abgegebenen Erklärung, daß die Lösung der Wohnungsfrage nicht Sache der Reichsgesetzgebung sei, sondern den Einzelstaaten überlassen bleiben müsse. Es ist das eine Auffassung, der mit äußerster Entschiedenheit entgegengetreten werden muß. Wenn sie Geltung behalten sollte, so würde von einer nennenswerten gesetzlichen Reform des Bau- und Wohnungswesens nicht die Rede sein können. Denn in den Parlamenten der Einzelstaaten dominieren diejenigen Elemente, welche weder den guten Willen noch die Fähigkeit haben, dem Bau- und Wohnungswesen entgegen zu treten. Nun, die wichtige Frage ist im Reichstage wenigstens einmal wieder angeschnitten worden. Die Verachtung der Anträge hat noch nicht ihr Ende erreicht; sie ist vertagt worden und wird demnächst an einem weiteren Schwermetalltage fortgesetzt werden.

Nach einer weiteren Unterbrechung durch die erste Lesung des Gesetzes über die Pensionierung der Invaliden aus dem Chinasrieg wurde die Beratung des Etats des Innern fortgesetzt und auch am Sonnabend noch nicht beendet. Graf Posadowsky mußte wiederum nach Hause gehen, ohne sein Gehalt bewilligt erhalten zu haben. Am Sonnabend geführte der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen insbesondere den Aufzug, den das organisierte Unternehmertum

mit dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches treibt, und forderte den Staatssekretär auf, er möge seine Macht dazu gebrauchen, den kapitalistischen Rechtsbruch entgegen zu treten. Stadthagen wies darauf hin, daß hervorzuhebende Juristen der Ansicht seien, die Bestimmungen des § 616 des B. G. seien zwingende Rechte, die nicht durch freie Vereinbarungen aufgehoben werden könnten. Aber selbst wenn man annehme, es sei möglich, die Bestimmungen des § 616 in einzelnen Fällen durch Vereinbarungen zu ändern, so dürften diese Vereinbarungen doch nicht gegen die guten Sitten verstoßen. Dies sei aber offenbar der Fall, wenn, wie geschehen (Konferenz des Zentralverbandes der Industriellen, Bund der Arbeitgeber für das Baugewerbe), die Unternehmerverbände für die Betriebe ihrer Angehörigen generell den § 616 aufzuheben versuchen. Dieses Gebahren der Herren, aus denen sich die Nebenregierungen bilden, verstoße unbedingt gegen die guten Sitten und müsse darum der Staatssekretär dagegen mit aller Entschiedenheit vorgehen. Damit möge er auch seine Unabhängigkeit vom Unternehmertum beweisen.

Am Montag soll die Beratung fortgesetzt werden. Vielleicht findet Herr Graf Posadowsky Zeit, sich über die Anregung des Abg. Stadthagen zu äußern.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

In Stettin ist es ganz unvorhergesehen zum Streit gekommen; am Montag, 28. Januar, wird die Arbeit allgemein eingestellt worden sein. In der vorhergehenden Woche wurden ca. 12000 Maurer inst. Arbeiter beschäftigt. In Stettin hatten unsere Kollegen seit einigen Jahren einen Vertrag mit den Unternehmern, der seit mit Ende des Jahres abließ und bisher auch immer zu Beginn des Jahres unterändert oder mit Veränderung einiger Positionen erneuert wurde. In den beiden letzten Jahren erhielten die Maurer 47 1/2 Stundenlohn bei zehntägiger Arbeitszeit. Mindestens ebenso lange haben unsere Kollegen aber auch das gewöhnliche Verlangen gestellt, die Arbeitszeit im Sommer zunächst auf 9 1/2 Stunden zu verkürzen und den Stundenlohn entsprechend zu erhöhen. Sie haben aber immer des lieben Friedens willen davon Abstand genommen, ihren Forderungen den gehörigen Nachdruck zu geben. Auch diesmal wollen die Unternehmer absolut nichts davon wissen, den Gesellen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, lassen sich nach langen Eräutern aber doch zu der Erklärung herbei, sie wollten den Stundenlohn auf 50 1/2 erhöhen, aber erst vom 1. Oktober 1901 ab für das Jahr 1902. In eine Verkürzung der Arbeitszeit ist gar nicht zu denken, so erklärten die Herren „Arbeitgeber“. Auch gab die Kommission des Unternehmerrates kurz angelegte die Erklärung ab, das Angebot sei ihr letztes Wort. Damit halten aber die Herren ihre Rechnung ohne die Stettiner Maurer gemacht. Eine überaus stark besetzte Versammlung am Freitag, in der die Lohnkommission Bericht erstattete, stellte den Unternehmern das Ultimatum: zehntägige Arbeitszeit und 52 1/2 Stundenlohn für das Jahr zu bewilligen. Da die Unternehmer dieser Forderung nicht nachkamen, antworteten unsere Kollegen mit dem Streik.

In Halle a. d. S. wird in der bisherigen Weise weitergetreift. In einer Versammlung am 24. Januar stellten die Lokalfisten wiederum den Antrag, die Löhne dahin zu ändern, das bei den Unternehmern, die gewillt sind, einen Stundenlohn von 50 1/2 bis zum 31. März zu zahlen, die Arbeit ausgenommen werde. Die Versammlung lehnte den Antrag ab; die Majorität betrug aber nur 17 Stimmen. Was wir von der Aenderung der Löhne halten, ist in dem Artikel des Verbandsvorstandes in Nr. 4 d. B. M. ausgeprochen. In dem Kampfe in Halle kann es sich um ein solches Ergebnis handeln. Das Unternehmertum muß in seiner Besinnungslosigkeit getroffen werden. Der Kampf wird wahrscheinlich in den nächsten Wochen noch nicht beendet werden, und sollte er verloren gehen, was wir trotz allem nicht hoffen, so trägt der Bankrott der Lokalfisten die Hauptschuld daran. Auf alle Fälle werden die Kräfte des Verbandes zusammengefaßt werden müssen, den Lokalfisten so oder so die nötige Klärung zu geben, damit sie nicht vollends sinnenstüchtig und zu Verhärtern der Arbeiterfrage werden. Infolge des Streiks hat der Kampf so etwas geruht und läßt sich über den Stand desselben nicht viel sagen. Jedemfalls werden aber die Unternehmer jetzt erneut Anstrengungen machen, fremde Arbeitskräfte, Streikbrecher, heranzuziehen. Das ihnen dies nicht gelingt, dafür mögen die Kollegen ganz Deutschlands auf der Wacht sein.

In Marzkrantz halten die Baunternehmer die Ansicht, kontraktmäßig zu werden. Sie haben nämlich mit den Mauern vereinbart, daß der Stundenlohn 45 1/2 betragen soll und läuft dieser Vertrag bis Ende März d. J. In der letzten Zeit haben die Herren Unternehmer aber einigen Mauern (insolge des Streiks wurden nur ein paar Mann beschäftigt) nur 40 1/2 bezahlt und haben dann auf Anfrage auch ganz offen erklärt, sie würden nun ganz allgemein 5 1/2 pro Stunde abgeben. Die Herren scheinen aber doch gemerkt zu haben, daß sie nicht gut dabei fahren würden, denn hinterher haben sie zugehört, den vereinbarten Lohn vorläufig weiter zu zahlen. Ob sie Wort halten, wird sich wahrscheinlich schon in dieser Woche zeigen.

Gegen Lohnreduktion haben sich auch die Kollegen in Eisenach zu wehren. Der Innungsmeister August Stein hat 5 1/2 abgezogen. Da sich die Maurer dagegen wehren können, steht dahin, denn in Eisenach sind sie noch jeder etwas schlammig gewaschen. Mitleidlich werden sie durch das Vorgehen der Unternehmer angegriffen.

Auf den Bauten der Audorfer (Mendenburg) Eisenwerke scheint es wegen Lieferungen zu Differenzen kommen zu wollen. Schon früher hatte der Werksdirektor verlangt, die Maurer sollten Lieferungen arbeiten, er ließ sich dies aber ausreden. Nun besteht der Direktor doch auf seinem Kopfe und haben einige Maurer deswegen schon Forderungen gemacht. Der Direktor glaubt, gehend Maurer aus Rheinland und Westfalen und aus „Saarablen“, wo er früher bei „König“ Stumm in Diensten gestanden haben soll, heranzuziehen zu können, die

gerne bereit wären, Lieferungen zu arbeiten. Die Kollegen allerorts werden gebeten, etwaige Angelegenheiten bei den Bauten der Audorfer Eisenwerke in Arbeit zu treten, auszuweichen.

Eine recht ärge Lohnherabsetzung versuchen die Steinbrücker in Gommern. Die dortigen Steinarbeiter (es werden hauptsächlich Plasterer gebraucht und bearbeitet) sind seit einigen Jahren im Zentralverband der Maurer organisiert und haben mit Hilfe der Organisation wiederholt eine kleine Lohnaufbesserung und auch die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 1/2 auf 10 Stunden erzielt. Im Frühjahr vorigen Jahres wurde die zehntägige Arbeitszeit eingeführt und der Stundenlohn auf 30 1/2 herabgesetzt. Die Arbeit hat seit circa 15 Jahren in den Steinbrüchern fast nie geruht. Arbeitsmangel scheint auch in diesem Jahre nicht vorzuliegen, denn fast alle Großstädte — und die gebrauchen ziemlich viel — beziehen Plasterer aus Gommern. Es war den Arbeitern daher auch ganz verständlich, als am 7. Januar zunächst vereinzelt Entlassungen erfolgten und einige Tage später die Arbeit fast allgemein von den Brückbesitzern eingestellt wurde. Was sollten die Arbeiter auch gewahrt werden, daß etwas dahinter stecke. Am 15. Januar wurden sie beordert, mit der Arbeit wieder anzufangen, aber gegen einen Stundenlohn von 25 1/2. Also circa 15 pzt. wollten die „Arbeitgeber“ von dem so wie so kümmerlichen Lohn abbrennen. Damit fanden sie freilich eine Gegenliebe bei den Arbeitern, und somit ist es auch in Gommern zum Streit gekommen. — Nachträglich wird uns geschrieben, daß die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen worden ist. Ob die Unternehmern dem alten Lohn weiterzugeben, ging aus der Nachricht nicht hervor.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Delegierten-Kandidaten.

- Für die 23. Wahlabteilung von Daffow und von Brühl Kollege Paul Köpke in Brühl.
- Für die 25. Wahlabteilung von Teterow Kollege S. Mauck in Teterow und von Waren Kollege Heinrich Müller in Waren.
- Für die 28. Wahlabteilung von einer Konferenz der Wahlabteilung in Neuherrlich-Kollege Wittmann in Neuherrlich.
- Für die 29. Wahlabteilung von Meierberg Kollege Rodrieger in Meierberg.
- Für die 32. Wahlabteilung von Berder a. d. S. Kollege Witt, Caffe in Werder.
- Für die 34. Wahlabteilung von Grottschle Kollege Ferd. Jäkel in Grottschle.
- Für die 30. Wahlabteilung von G. Dittersleben Kollege Friedrich Bahn in G. Dittersleben.
- Für die 34. Wahlabteilung von R. Löge Kollege Adolf Orabow in R. Löge.
- Für die 187. Wahlabteilung von Minden L. B. Kollege Konrad Richter in Minden und von Herford Kollege Joh. Heberfeld in Herford.
- Für die 150. Wahlabteilung von Reichenbach L. B. Kollege Heinrich Ludwig in Reichenbach.

Agitationsbezirk der Provinz Brandenburg.

Auf Grund des Beschlusses der 5. Konferenz der Provinz Brandenburg beruft Untersekreter zum 10. März, Donnerstags 9 Uhr, die 6. Konferenz für die Provinz Brandenburg und den dazu gehörigen Teil der Provinz Sachsen ein. Die Konferenz findet in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal I, statt.

Als Tagesordnung schlagen wir vor, vorbehaltlich der Zustimmung der Konferenz: 1. Geschäfts- und Kasienbericht der Kommission. 2. Die Situation im Baugewerbe, unsere Taktik bei Neuforderungen, bei Abgängen und Agitation. 3. Der Arbeiterkampf in Preußen. 4. Die Anstellung eines Kollegen für den Agitationsbezirk und Anträge. 5. Neuwahl der Kommission.

Wir fordern hiermit sämtliche Zastellen des Agitationsbezirks auf, zur Konferenz Stellung zu nehmen. Jede Zastelle hat das Recht, sich durch wenigstens einen Delegierten vertreten zu lassen.

Die Agitationskommission der Provinz Brandenburg.

J. A.: G. Silberstein, Berlin, Engelstr. 15, Zimmer 29.

Am 22. Januar hielt die Zastelle Anklam ihre zweite diesjährige Mitgliederversammlung ab, welche befriedigend besetzt war. Zunächst beriet sie über die Beschlüsse der ersten Delegierten Konferenz, von der am 12. Januar in Stettin abgehaltenen Konferenz. Der Bericht wurde befriedigend aufgenommen. Außerdem wurde der Kassier, Kollege Ernst Wipke, zum Delegierten nach Mainz einstimmig gewählt. Dann wurde beschlossen, das diesjährige Sitzungsbestimmungen am Sonnabend, den 20. April, im Schützenhaus abzuhalten. Es wurde den Kollegen an's Herz gelegt, das Vergnügen der Agitation zu besuchen, auch sonst. Ferner wurde beschlossen, der Agitationskommission in Stettin A. 10 zu senden, da es sehr notwendig ist, für die Agitation etwas zu thun. Dann wurde über die Baubuden und Wörte gesprochen. Jeder Kollege wurde dafür Sorge tragen, daß dieselben vorwärtsdrängend ausgeführt werden. Zuletzt ermahnte der Bevollmächtigte die Kollegen, fernerhin die Versammlungen besser zu besuchen und tapfer für die Organisation einzutreten, und schloß mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Am 12. v. M. hielt die Zastelle Nie-Magdenleben in der Wohnung des Kollegen Fiese eine nur maßig besuchte Mitgliederversammlung ab. Als Hauptgegenstand der Tagesordnung stand der Lohnstarif zur Beratung, da der bisher gültige Tarif mit dem 1. Januar abgelassen ist. In Rücksicht auf die geforderte Lebenshaltung beschloß die Versammlung, eine Lohnherabsetzung von 82 auf 85 1/2 zu fordern und für Lieferungen einen Zuschlag von 10 1/2 für Wasserarbeiten 15 1/2 pro Stunde zu verlangen. Dieser Beschluß soll den Unternehmern mitgeteilt werden mit dem Ertrudern, sich zwecks mündlicher Auseinandersetzung mit der Lohnkommission in Verbindung zu setzen.

Statistische Uebersicht über die Arbeitslosigkeit im Hamburger Maurergerwerbe für Monat November 1900, aufgenommen von der Zahlstelle Hamburg.

Table with columns: Stadttheil, Best der Mitglieder, Befragte, Anzahl der Befragten, die sich als arbeitslos bezeichnen, etc. Rows include St. Georg-Hammerbrook, Eppendorf-Winterthude, etc.

Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten dürfen nur dann ausgeführt werden, wenn Leben und Gesundheit in Gefahr sind oder der öffentliche Verkehr oder Betrieb gehemmt wird. Bei größeren Arbeiten, in denen Nachts oder Sonntagsarbeiten erforderlich sein sollten, ist hierüber von Seiten des Meisters dem Vorstande der Zunft und von Seiten der Gesellen dem Gesellenauschuss 48 Stunden vorher Mitteilung zu machen, und dann hat eine Kommission von 2 Mann (ein Meister und ein Geselle) die Sache zu untersuchen und zu beurtheilen. Die Resolution wurde von der Zunft angenommen, indem sie die Abmachungen vom Jahre 1900 als rechtmäßig erklärte. Es wurde versprochen, dass, sollte dieses kommende Frühjahr eine schlechtere Arbeitskonjunktur eintreten, auch dann in keiner Weise Änderungen des Lohnsatzes vorgenommen werden sollten. Meiner war der Ansicht, dass von den Gesellen viel günstigiger worden sei, indem sie die letzten Beschlüsse, betr. Ueberstunden, zum Theil nicht innegehalten hätten. Es folgte dann eine Diskussion, an der sich mehrere Meister beteiligten, und die leider zu persönlichen Meinungen auseinander. Im zweiten Punkt verlas der Kassirer A. Meier die Abrechnung vom 4. Quartal 1900, welche eine Einnahme von M. 1855,75, eine Ausgabe von M. 1055,75, demnach einen Ueberschuss von M. 800 und ferner eine Mitgliederzahl von 803 aufwies. Der dritte Punkt: "Statutenberathung resp. Anträge zum diesjährigen Verbandstage in Mainz", wurde zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der erste Bevollmächtigte, Kollege W. Albrecht, wurde als Kandidat für den Bezirk Hamburg aufgestellt. Im Punkt "Verständenes" wurde die Ueberstundenarbeit an der Dampfmaschine besprochen. Der Vorstand wurde beauftragt, dieses zu untersuchen. Alsbald machte der erste Bevollmächtigte bekannt, dass mit dem 21. Januar laut Statut wieder eine andere Arbeitszeit in Kraft trete. Schluss der Versammlung 12 Uhr.

Die Zahlstelle Gerford hielt am 18. Januar eine Mitgliederberathung ab. Kollege Heberlein wurde als Delegierter zum Verbandstag aufgestellt. Dann wurde eine ganze Reihe interner Angelegenheiten behandelt, die zum großen Theil aus dem verunglückten Streit herrühren, die für die übrige Kollegenschaft nicht von Interesse sind. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde für richtig befunden und dem Kassirer Dechare ertheilt.

Am 20. Januar hielt die Zahlstelle Rehm ihre regelmäßige Mitgliederberathung ab. Zunächst erinnerte der Bevollmächtigte an das Ableben des Kollegen Kagniar, und wurde der Verstorbenen von der Versammlung durch Erheben von den Plätzen geehrt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde der Kollege Lomme-Brandenburg mit 80 Stimmen gewählt. In die örtliche Verwaltung wurden als erster Bevollmächtigter Kollege Schulz, und als erster Kassirer Kollege Klering wiedergewählt. Sodann verlas der Kassirer die Abrechnung vom 3. Quartal, welche von den Meistern befreit wurde. Im Punkt "Verständenes" wurde der schlechte Vermögensstand sehr gerügt. Denn gerade die Kassirer Kollegen halten sich am meisten zurück, weil sie Angst haben, dass sie irgend einen Posten bekleiden sollen. Es ist dringend zu wünschen, dass die Kollegen etwas mehr mitarbeiten und im neuen Jahre die Versammlungen besser besuchen. Nach einer kräftigen Ansprache des Kollegen Schulz, der die Kollegen aufforderte, fest und treu zum Verband zu halten und immer mehr zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Am 18. v. M. tagte in Königberg i. Pr. eine öffentliche Maurerverammlung. Nach Erhaltung des Berichtes über den Streikbesuch durch den Vertrauensmann Grafmann wurde nach einem kurzen Bericht des Kollegen Gerlach in eine Diskussion über die im Frühjahr vorzunehmende Lohnbewegung eingetreten, welche das Resultat zeitigte, daß der Vertrauensmann in Verbindung mit dem lokalen Vorstandsbeirath die nöthigen Vorbereitungen unternahm und eine später einzuberufende öffentliche Maurerverammlung endgültig über die zu stellenden Forderungen beschloß. Kollege Kuhnke stellte die Frage, welcher Hintergrund denn zwischen der Zentral- und jenseitiger Lokalorganisation bestehe und welchen Vortheil denn die Lokalorganisation entgegen der Zentralorganisation biete. Aber ohne diese Frage zu beantworten, ließen wie gewöhnlich die Kollegen Grafmann und Peter ihrer Rede freien Lauf, um auf den Zentralverband loszupulsen. I. A. ließ Kollege Grafmann die Worte fallen: "So lange noch ein Tropfen Blut in mir ist, will ich solcher Clique nicht beitreten." (Wieder Grafmann, nach Dir verlangt uns garnicht.) Mit mehreren anderen Kollegen vertheilte besonders Kollege Dube den Zentralverband gegen die Angriffe solcher Quasidiktatoren, welche sich nichts Schöneres denken können, als in einer Versammlung einen Redeschmal dem Stapel zu lassen, der nicht aufreißend, sondern vergütend auf die Organisation wirkt. Als Kollege Dube aus der Versammlung nach Hause gehen wollte, folgte ihm eine Anzahl Vereinskollegen um ihn nach Hause zu geleiten. Unter Kollege hat sich aber mit ihnen in kein Gesicht eingelassen und ist er unbeschädigt in seiner Wohnung angekommen. In einer anderen Versammlung, der Kollege Dube auch bewohnte, machte er den Vorschlag, einen Affordat zu ausarbeiten, schon darum, weil doch die meisten Mitglieder im Vorstande nur im Afford arbeiten. Wenn nun andere Maurer ein Stück Vorkarbeit in Aussicht hätten, dann wären es die Herren vom Vorstande, die die Arbeit blühter machten. Dube erhielt vom Kollegen Grafmann zur Antwort: "Wenn der Stundenlohn steigt, dann wird auch der Affordpreis steigen. Aber jetzt ist der Kollege zu der Einsicht gelangt, daß gerade das Gegentheil eingetreten ist. So lange die Lokalorganisation in Königberg ihr Wesen treiben, werden die Maurer noch mehr beschimpft, wenn der Verband nicht bald mit der ganzen Gesellenschaft auftritt. Kollege Werner vom Lokalverein wollte mehr als Friedensstifter fungieren und empfahl seinen Kollegen, nicht in dieser Weise vorzugehen, sondern sich mit dem Zentralverband darüber zu einigen, statt das junge Unternehmen zu bekämpfen; was schon von vornherein keinen guten Auf bringt, denn die Zahlstelle gebe sich die größte Mühe, die Organisation zu fördern. Der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, Oberleiter, empfahl den Lokalisten, anstatt den Zentralverband zu bekämpfen, sich mit demselben in Verbindung zu setzen und gemeinsam vorzugehen; nur so hätte eine Lohnbewegung Aussicht auf Erfolg. Es könne auch zu einem Streik kommen, bei welchem die Maurer die materielle und moralische Unterstützung der übrigen organisierten Arbeiterkraft brauchen; darauf könnten die Lokalisten nur rechnen, wenn sie sich der Gewerkschaftskommission anschließen würden. Darauf kam die Antwort vom Kollegen Grafmann, Oberleiter solle seine Nase anderswo hinreden, als unter die Maurer. Nach Erledigung einiger kleiner

Die Zahlstelle Hamburg beschäftigt sich in den beiden letzten Mitgliederberathungen mit der neuen Fassung des Kartellgesetzes und mit der Statutenberathung und Anträgen zum Verbandstage. Nachdem die Kartellbeschlüsse die Verbesserungen gegen die frühere Fassung hervorgehoben, konnte nach kurzer Debatte die Abstimmung vorgenommen werden. Dafür stimmten 189, dagegen 88 Kollegen; außerdem wurden sieben unbeschriebene Zettel abgegeben. Zur Statutenberathung lagen eine Anzahl Anträge vor, die "gemeinsam" von den Zahlstellen-Verwaltungen Altona, Hamburg, Harburg, Nienstedten, Stellingen, Schiffsb., Wandsb. und Wilhelmshagen berathen und auch in gemeinschaftlichen Sitzungen angenommen worden sind. Es sind Verbesserungsanträge zur Beitragszahlung, Abschnitt 3 des Statuts; Unterstufungsanträge in Krankheits- und Sterbefällen und Anträgen zum Streitreglement. Die Anträge zur Regelung der Beitragszahlung betragen, daß in Zukunft der Stundenlohn als Wochenbeitrag festzusetzen ist, jedoch dürfen nicht unter 20 und nicht über 60 M als Beitrag bezahlt werden. In der Diskussion waren fast alle Meider mit der Unterstufung in Krankheits- und Sterbefällen einverstanden, aber über die Höhe des Beitrages gingen die Meinungen auseinander. Es mußte von allen Meidern ausgedrückt werden, daß in Hamburg und Umgegend in den letzten Jahren nicht genügend geleistet worden sei, und daß unbedingt Wandel geschaffen werden müsse. Obwohl im letzten Jahre der Beitrag zum Vorkassens in nur minimaler Höhe obligatorisch eingeführt ist, ist doch eine große Anzahl Kollegen ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Es wäre eine Thorheit, durch noch größere Nachhilfe die Kollegen in ihrer Nichtverpflichtung zu bestärken. Für Hamburg wäre praktisch das Maßigste, den Vorkassens aufzuheben und mit den Wochenbeiträgen zu verwechseln. Diejenigen Meider, die für die Anträge sprachen und ihre Annahme empfahlen, hielten das Erfordernis für notwendig. Wohl treffe es für Hamburg zu, wenn man von einer Beitragserschöpfung spreche, aber nur, weil die Mehrheit der Kollegen ihre Pflicht nicht gethan hätten. Eine Anzahl Kollegen hätte ebenso gut wie in anderen Großstädten ihre Pflicht wohlthun gethan, aber dies ist nur die Minorität. Alle Kollegen hätten das gleiche Interesse an der Organisation und deswegen müsse Jeder leisten, wozu die Organisation ihn verpflichtet. Bei der Abstimmung wurden die Anträge betreffs der Unterstufung in Krankheits- und Sterbefällen angenommen; der Antrag auf Zusammenlegung der Beiträge wurde gleichfalls angenommen, aber nicht die von der Verwaltung vorgeschlagene Höhe des Beitrages. Auf Antrag aus der Versammlung sollen bei einem Stundenlohn bis zu 30 M Beitrag, von 30-40 M Lohn 40 M Beitrag und bei über 40 M Lohn 60 M Wochenbeitrag bezahlt werden. Folgender Antrag gelangte ebenfalls zur Annahme: Zahlstellen, welche über ihre Pflicht hinaus in eine höhere Beitragsklasse einzutreten wünschen, sind dieses frei, und haben dieselben, nachdem sie ein Jahr dieser Beitragsklasse angehört, die finanziellen höheren Unterstufungsansprüche zu beanspruchen. Zahlstellen, welche sofort bei Einführung der neuen Beitragsform in eine höhere Klasse eintreten, sind dieser Forderung nicht unterworfen. Die Weiterberathung der Statuten wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Gestorben sind die Kollegen Karl Brandt, Keller und Ferdinand Strud. Die Verlesung der Abrechnung ergiebt ein Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse im Monat Dezember M. 2277,40 und im vierten Quartal M. 8454. Die Lokalkasse hat im vierten Quartal eine Einnahme von M. 2011,97 und eine Ausgabe von M. 1999,28, so daß ein Kassensaldo von M. 12,74 vorhanden ist. Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahreschluss 2894, die der Ehrenmitglieder 40. Der Bevollmächtigte machte noch bekannt, daß der Unternehmer Müller, der das "Gratifikationsystem" eingeführt hat, von dem Gewerbegericht verurtheilt worden ist, den erzielten Ueberschuss auszugeben, wie es bisher üblich war. Ferner machte Meider auf einen Unglücksfall aufmerksam, der sich in Harburg ereignet, wobei drei Kollegen verunglückt sind. Die Firma "Berliner Aktiengesellschaft für Montierarbeiten", Filiale Hamburg, hat dort die Arbeiten auszuführen, und zwar läßt sie dieselben im Afford ausführen. Die gewöhnlich bei Affordarbeiten, lassen einerseits die schlechten Affordpreise und andererseits das Verfehlen nach Mehrbedienst nicht zu, daß ein stabiles Gerüst gebaut wird. So ist es auch in diesem Falle gewesen. Meider bezeichnet das Gerüst als eine "Hengenkunst". Die Arbeiter, die sich zu solchen Arbeiten gebrauchen lassen, müssen leider im Interesse der Unternehmer die Folgen tragen. In Harburg dürfen laut Tarif die dortigen Kollegen keine Arbeiten im Afford ausgeführt werden. (Der bisherige Afford wurde geheim gehalten, wie es auch in Hamburg Mode geworden ist. Die verunglückten Kollegen haben in ihrem Schmerz erst den Scheiter gestiftet.) Die Firma will versuchen, wenn sich hier keine Arbeitskräfte finden sollten, aus Berlin Arbeiter heranzuziehen. Meider warnt die höchsten Kollegen vor Aufnahme der Arbeiten bei der Firma, bevor die Sache geregelt ist. Noch eine andere Angelegenheit wird den Kollegen zur Beachtung empfohlen. Der Kollege Schump bewertete sich in der Versammlung, daß er seit längerer Zeit das Opfer eines falschen Verdictes sei, darnach soll Schump jemand benutzet haben, was er mit aller Entschiedenheit zurückweist. In der

Versammlung trat Niemand auf, die Wahrheit des Verdictes zu beweisen, und so auch der Bevollmächtigte die Erklärung abgegeben konnte, daß in Versammlungen und Sitzungen bisher nichts Nachsichtliches über Schump bekannt geworden sei, so dürfte dieser Hinweis genügen, die schlechte Nachrede verschwinden zu lassen, damit dem Kollegen Schump Nachtheil nicht erwachse. Am 1. Januar tagte in Garz a. d. D. die regelmäßige Mitgliederberathung. Zunächst verlas der Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal und vom ganzen Jahre 1900. Diefelbe wurde für richtig befunden und dem Kassirer Dechare ertheilt. Als Vertreter für den Verbandstag wurde der Kollege Herr. Röppern gewählt. In die örtliche Verwaltung wurden gewählt als erster Bevollmächtigter Kollege Karl Meier und als erster Kassirer Kollege W. Hohmann. Als Streifenassistent wurde Kollege Albert Hahn auf seinem Posten belassen. Als Hilfsassistent wurde Kollege Gustav Besford gewählt. Die Kollegen, welche in der Lohnkommission waren, bekleiden ihren Posten weiter. Als "Grundstein"-Vertreter meldeten sich die Kollegen Herr. Röppern und Ernst Wulst; dieselben bekommen Rede jährlich zusammen M. 20. Der Verkauf vom 26. Mai 1900 wurde auf Anregung des Bevollmächtigten etwas umgeändert. Zum Schluss wurden dem ersten Bevollmächtigten und ersten Kassirer je M. 10 Jahresgehalt und dem Streifenassistenten M. 5 bewilligt. Nach einer kurzen Ermahnung des bisherigen Bevollmächtigten, wurde mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband die Versammlung geschlossen. Die Zahlstelle Gorkag hielt am Sonntag, den 20. Januar, ihre regelmäßige Mitgliederberathung ab. Nachdem der Kassirer den Rassenbericht verlesen hatte, wurde die Wahl der örtlichen Verwaltung vorgenommen. Es wurde der Kollege C. Schneider als Bevollmächtigter und Kollege E. Wagner als Kassirer gewählt. Eine scharfe Rüge erhielten einige Kollegen, die in Frankfurt a. d. O. über den dortigen Vermögensbeschäftigten zuwider gehandelt haben. Freudlicher Weise hat unsere Zahlstelle im vergangenen Jahre um 20 Mitglieder zugenommen und ist somit auf 58 gestiegen. Trotzdem bleibt in Bezug auf das Verhalten der Kollegen sowie im Vermögensbeschäftigten noch Manches zu wünschen übrig. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 17. Februar, statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Am 28. Januar hielt die Zahlstelle Hann. Minden ihre erste diesjährige Mitgliederberathung ab. Kollege Feine berichtete über die Konferenz der Agitationskommission Kassel. Der Bevollmächtigte berichtete über die Thätigkeit der Zahlstelle im verflochtenen Jahre. Die Zahl der Mitglieder betrug am Anfang des Jahres 45 und ist bis zum Schluss des vierten Quartals auf 120 gestiegen. Es wurden 13 regelmäßige und 1 außerordentliche Mitgliederberathung, und 8 öffentliche Maurervereinigungen abgehalten. Im April traten die Kollegen in eine Lohnbewegung ein. Der Lohn betrug vor derselben 32-35 M und ist durch Vereinbarung mit den Unternehmern auf 38 M Minimallohn gestiegen. Alsbald berichtete der Kassirer über die Abrechnung vom 4. Quartal. Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse M. 881,75, für die Lokalkasse betrug die Einnahme M. 101,05, die Ausgabe M. 87,40, blieb somit ein Bestand von M. 63,65. Dem Kassirer wurde auf Antrag der Meidern, Entlassung ertheilt, und wurden ihm für das verflochtenen Jahr M. 10 Monatsgehalt und für jedes künftige Quartal M. 5 für Veranlassungen und Kopportage bewilligt. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Feine aufgestellt und einhimmig gewählt. Außerdem nahm die Versammlung Stellung zur Erhöhung des Beitrages. Es wurde von verschiedenen Kollegen angeführt, daß ein Einzelbeitrag in Höhe eines Stundenlohnes nicht zu hoch gefordert sei, da ja dadurch die Beiträge zum Streifenfonds wegfallen würden. Im Punkt "Verständenes" machte Kollege Woltemath die Anwesenheit auf die Postkarte der Krankenkasse "Grundstein zur Einigkeit" aufmerksam. Auf Antrag des Kollegen Schöber wurde der Ueberschuss dem Vergütigen der Lokalkasse überwiesen. Hierauf Schluss der Versammlung. Die Zahlstelle Harburg hielt am 17. Januar ihre regelmäßige Mitgliederberathung ab, zu der auch die Mitglieder des Gewerks und des Lokalvereins geladen waren. Im ersten Punkt erhaltete Kollege Preiser Bericht über die Verhandlungen mit der Zunft, die hauptsächlich die Frage der Festsetzung der Ueberstunden, der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit betrafen. Meider bemerkte, daß eine Sitzung mit der Zunft "kaufmännisch" hätte sein, in welcher dem Gesellenauschuss die Ueberstunden, bei denen Ueberstundenarbeit u. v. ausgeführt wurde, sagen, daß in keinem Falle eine Vorkarbeit vorhanden war, wohl aber seien diese Arbeiten bringende gewesen. Erwagungen sei keiner der Gesellen zu dieser Ueberstundenarbeit vorhanden. Im Gegenstand: die Gesellen hätten sie gerne verdrängt und sich zum Theil sogar förmlich dazu gedrängt. So habe es der Gesellenauschuss sich gefallen lassen müssen, daß seine Beschwerden als unzureichend hingestellt wurden. Ferner sei verdrängt worden, daß wegen Verweigerung des Unterschreibens der Verträge, welche sich auf die §§ 616 und 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches beziehen, keinerlei Abregelungen stattgefunden haben, indem das Verlangen zurückgezogen worden sei. Der Gesellenauschuss vertrat die Ansicht, daß die Ueberstundenarbeit eingeschränkt resp. beseitigt werden müsse, und unterbreitete der Zunft folgende Resolution:

Fragen wurde die Versammlung, ohne jedes nützliche Resultat erzielt zu haben, um 10 Uhr geschlossen.

Am 20. Januar fand in Kistritz eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt, wozu Kollege Silberknecht aus Berlin erschienen war; auch waren die Bevollmächtigten aus Bamberg und die örtlichen Verwaltungsbeamten aus Sonnenberg anwesend. Es wurden in die Verwaltung die Kollegen Traugott Wiergens als Bevollmächtigter und Friedrich Wajoch als Kassierer gewählt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Wahl der Lohnkommission, nahm Kollege Silberknecht das Wort (da sich mehrere Kollegen weigerten, mit in die Lohnkommission einzutreten) und rügte die Bauheit der Kollegen; er bewies durch treffende Beispiele aus den Nachbarzählstellen den Wert der Organisation. Mögen sich unsere Kollegen dies merken. Sodann wurde der Lohnsatz für 1901 vorgelesen und einstimmig angenommen mit dem Bemerkten, denselben höchstmöglichst den hiesigen Meistern anzuschließen. Sodann wurde zu dem Verbandsrat in Mainz der Kreisvertrauensmann Peter aus Sonnenberg als Delegierter gewählt. Schließlich wurde noch Einiges über das diesjährige Winterberufsjahr gesprochen, und angenommen, daß dasselbe Ende Februar stattfinden soll; der Tag wird noch erst näher im „Grundstein“ bekannt gegeben werden. Mit einem Hoch auf die Organisation und das Gedeihen der Zählstelle wurde die Versammlung um 5 Uhr geschlossen.

Am 17. v. M. hielt die Zählstelle Siegenitz im Gasthof „Zu den drei Bergen“ eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Warum organisieren wir uns?“ wurde durch einen lehrreichen Vortrag des Kollegen P. Anders erledigt. In der Diskussion wurde ebenfalls von mehreren Kollegen auf die Notwendigkeit und den Wert der Organisation hingewiesen, worauf die Versammlung eine Resolution annahm, in welcher die Anwesenden versprochen, im neuen Jahrdrück unabhänglich für die weitere Ausbreitung der Organisation nach Kräften zu sorgen. Im 3. Punkt der Tagesordnung wurde der schon in der vorangegangenen Versammlung aufgestellten Kandidat zum Verbandsrat, Kollege Paul Anders, mit 17 Stimmen, von denen eine für ungültig erklärt werden mußte, als Delegierter gewählt. Nach einer kurzen Verhandlung in „Verständigen“ wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Die Zählstelle Rissa (Polen) hielt am 20. Januar ihre regelmäßige Quartalsabrechnung ab. Die von dem Kassierer berechnete Quartalsabrechnung wurde genehmigt und die Entlastung des Kassierers ausgesprochen. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandsrat erhielt Kollege Jädel 22, Kollege Krause 10 Stimmen. Die Neuwahl der örtlichen Verwaltung ergab die Wiederwahl des bisherigen ersten Bevollmächtigten, Kollegen Jädel, und des ersten Kassierers, Kollegen Wölke. Das Mitglied Franz Wajoch - Buch-Nr. 222964, wurde wegen Verletzung des § 16 des Verbandsstatuts ausgeschlossen.

In der am 16. Januar stattgefundenen Mitglieder-Versammlung der Zählstelle Wiesbaden erstattete der erste Bevollmächtigte den nachstehenden Jahresbericht für das Jahr 1900. „Es gingen ein 222 Postsendungen und 7220 verschickte Karten. Unterstützungsgehülde wurden in 5 Fällen eingereicht, unterstützt wurden 8 Kollegen und die Witwen eines verstorbenen Kollegen mit insgesamt M. 246,45. Ausgefertigt wurden 849 Mittelalterscheine und 2 Ersatzgehülde. Unter der Verpflichtung, 18 Wochen nachzuzahlen (§ 16, II des Statuts), wurden 8 Kollegen aufgenommen. Für 282 abgelaufene Mitgliedsgehülde wurden neue ausgefertigt, aufgenommen wurden 49 Kollegen. Ausgegangen sind 294 Postsendungen. Das Polizeiamt wurde 7 Mal in Anspruch genommen. Es wurden 28 Verurteilungen abgeholt, 8 mit Vorstrafen, von denen 1 auf Genossen Parole, 2 auf Genossen Kauch entfallen. Ausgetreten sind 4 Kollegen, 3 weil sie selbständig wurden, 1 aus unbekanntem Grunde, ausgeschieden wurden 6, denn, C. Schöffel und Stegmann, weil sie sich den Beschläffen der Zählstelle nicht fügten. Ehrenmitglieder hat die Zählstelle 9. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 516. Reicher war der Tod von zwei organisierten Kollegen zu beklagen. Die Arbeitslosenstatistik, welche seit Jahren an Orte geschickt wird, wüßigen die Kollegen leider noch nicht genügend, obwohl arbeitslose Kollegen vom Beitrag befreit sind und die Statistik bei Lohnbewegungen von großem Werte ist. Es meldeten sich arbeitslos 68 Kollegen; welche insgesamt 1088, durchschnittlich also 17 Tage feierten. An franks, arbeitslose und zum Militär eingezogene Kollegen sind verabsolgt 178 Marken à 25 A und à 20 A. Dieses macht eine Ausgabe für die Kassa von M. 63,10. Markenbestand für die Hauptkasse à 25 A: Bestand am 1. Januar 1900 762, vom Hauptvorband 280,00, an die Mitglieder verabsolgt 206,16. Bestand am 1. Januar 1901: 8148. Eintrittskarten à 50 A: Bestand am 1. Januar 1900 68, vom Hauptvorband erhalten 100, an die Mitglieder verabsolgt 59, vernichtet 1, Bestand am 1. Januar 1901 108. Ersatzgehülde à 25 A: am 1. Januar 1900 4, verabsolgt 1, Bestand am 1. Januar 1901 3. Markenbestand für die Kassa: Bestand am 1. Januar 1900 7481. An die Mitglieder verabsolgt 6000, Summa 7481. An die Mitglieder verabsolgt 4194, vernichtet 69, Bestand am 1. Januar 1901 8218. Generalfondsmarken à 20 A: 18120, an die Mitglieder verabsolgt 14402, vernichtet 641, unterlagerten durch das frühere Mitglied Fern 20, Bestand am Schluß der Abrechnung 3167. Einnahme für die Hauptkasse an wöchentlichen Beiträgen à 25 A: M. 6140,25. Eintrittskarten à 50 A: M. 29,50. Ersatzgehülde: 25 A. Kassenbestand für die Hauptkasse am 1. Januar 1900: M. 812,60, in Summa M. 6482,60. Ausgabe für die Hauptkasse: An die Hauptkasse eingehend M. 4988,56, 20 pzt. der Einnahme M. 1034, Reiseunterstützung für 107 Kollegen M. 80,25. Gesamtsumme M. 6479,80. Bestand am 1. Januar 1901 M. 120,80. Einnahme für die Kassa: für Marten à 20 A M. 1285,80, 20 pzt. der Einnahme für die Hauptkasse M. 1034, für Marten à 20 A M. 4829,30, sonstige Einnahme M. 924,88. Kassenbestand am 1. Januar 1900 M. 166,78, Gesamtsumme M. 7884,71. Ausgabe für die Kassa: An den Generalfonds abgeführt M. 4829,30, an die Bauarbeiterkommission M. 144. Kassenbestand am 1. Januar 1901 M. 106,97. Gesamtsumme für Haupt- und Kassa: M. 18167,31; auf die Mitglieder verteilt (616 Mitglieder gerechnet) M. 29,51. In der Bibliothek sind vorhanden 99 Bände mit 147 Büchern. In der Bibliothek wurde besichtigt am 1. Januar 1901 ein Bestand von M. 245. Es erfolgte hierauf die Neuwahl der örtlichen Verwaltung, nach Erledigung dieses die Berichterstattung der Bauarbeiterkommission. Rechenkontrollen fanden statt 1899 zwei und 1900 zwei. Sitzungen fanden 18 Rat und 8 gemeinschaftlich

mit den Vorständen der beteiligten Gewerkschaften und eine Konferenz zwecks Gründung einer Landeskommission. Es erfolgte hierauf die Abrechnung vom Arbeitsnachweis, Jahresbericht des Arbeitsnachweises der Bauhütte für 1900. Es haben sich gemeldet 6097 Personen, früher in Lübeck beschäftigt 4888 Personen, 1409 Fremde. Vorstehende haben sich 2842 mal gemeldet, Arbeit wurde 2061 Personen nachgewiesen, Arbeit angenommen 1848, es bleiben angemeldet 213; Arbeit erhielten 842 Arbeiter, 577 Maurer, 548 Zimmerer, 94 Tischler. Einnahme für in Arbeit Getretene M. 688,28, Zuschuß der Bauhütte M. 600, Summa M. 1188,28, Ausgabe M. 1058,59. Jedes Mitglied der Innung muß also M. 17,50 nachzahlen. Um dies erklärlicher zu machen, sei darauf hingewiesen, daß jedes Mitglied der „Bauhütte“ für jeden vom Arbeitsnachweis eingeschickten Arbeiter eine Gebühr von 30 A zu zahlen hat. Kommt der Nachweis mit dieser Einnahme nicht aus, so muß die Innung „Bauhütte“ Zuschuß geben. Das zwanzigste Jahrbuch, genannt das Jahrbuch des proletariats, hat einen guten Anfang genommen. Schwere und zahlreiche Kämpfe haben unsere auswärtigen Kollegen mit dem Unternehmertum führen müssen, um nur einigermaßen mit dem immer mehr steigenden Lebensmittelpreisen Schritt zu halten und als Mensch ihr Dasein fristen zu können. Es ist auch auf's Neue bewiesen, daß nur eine strikte Organisation als Siegerin aus dem Kampfe mit dem Unternehmertum hervorgeht. Können wir doch mit Genehmigung konstatieren, daß im Jahre 1900 80 pzt. der Streiks für unsere Organisation günstig waren. Wir dürfen uns aber nicht beruhigen, daß in unseren Berufe zur Zeit der Krise schwere Kämpfe noch bevorstehen, namentlich in Orten, in denen die Organisation noch nicht so stark ist. Für die Maurer am Orte war das Jahr 1901 ein Jahr des Friedens, weil eine Vereinbarung mit dem Unternehmern zu Stande kam, wonach der Stundenlohn am 1. April 1900 von 50 A auf 63 A erhöht wurde. Für das Jahr 1901 ist eine Lohnforderung nicht gestellt, weil die Vorbereitungen zu einer Lohnbewegung nicht vorhanden sind. Die Kollegen werden aber aufgefordert, in diesem Jahre hauptsächlich zu agitieren, denn am Orte ist noch Vieles zu ändern und zu verbessern, wozu die Mitarbeit aller Kollegen unbedingt notwendig ist. Nach Erledigung einiger innerer Sachen erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Zählstelle Witten hielt in Lohndhäusern am 20. Januar ihre Generalversammlung ab. Bau-Abrechnung vom 4. Quartal wurden für die Hauptkasse verabsolgt M. 286,25 und herausgab M. 228,60, für den Streifhonds M. 14,85 und M. 2,97 und für die Kassa M. 118,97 und M. 86,72. Im verfloffenen Jahre wurden 42 Mitglieder aufgenommen, an Beitragsmarken wurden bezahlt: 489 à 20 A und 8826 à 25 A, und Streifhondsmarken 2029 à 16 A, sowie 46 à 20 A. Die Mitglieder wohnen, Witten eingerechnet, in 16 Orten und ist das Zusammenfallen derselben um so schwerer, da ihnen in Witten seit Juli 1900 kein Verbandsratsmitglied zur Verfügung steht. Weiter kommt in Betracht, daß in Witten im letzten Jahre kaum die Hälfte der sonst beschäftigten Maurer Arbeit hatte; die Kollegen mußten häufig in großer Zahl in der Fremde ihr Brot finden. Auch für dies Jahr ist eine Besserung zu erwarten. In die örtliche Verwaltung wurden der Bevollmächtigte und der Kassierer wieder gewählt und als Delegierter zum Verbandsrat wurde Konrad Klingner aufgestellt. Zum Schluß wurde die Lohnfrage besprochen; die Kollegen wurden ermächtigt, für den gründlichen Ausbau der Organisation tätig zu arbeiten. Die Versammlung war gut besucht.

Am 17. Januar hielt die Zählstelle Wundehem eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Dasselbe war trotz Extraeinladung (wasch besetzt, welches der erste Vorsitzende bei Eröffnung der Versammlung auch sprach, rügte. Der schwache Besuch ist jedoch meistens auf die noch andauernde Arbeitslosigkeit zurück zu führen. Der Kassierer verlas die Jahresabrechnung und legte die Kassenbücher vor. Weibes wurde für richtig befunden. Im 8. Punkt wurde die Neuwahl der örtlichen Verwaltung vorgenommen und als erster Bevollmächtigter Otto Jung, als erster Kassierer Johann Epple wiedergewählt. Als Delegierter zum Verbandsrat wurde Kollege Gohmann aus Frelshelm vorgeschlagen und auch einstimmig gewählt. Sodann verlas der erste Bevollmächtigte einen Brief von der Arbeiterkommission Ludwigsbäsen um Anschluß an die Bayerische Landes-Bauarbeiterkommission mit dem Hauptzweck in Nürnberg. Es wurde beschlossen, der Zählstelle Ludwigsbäsen hierin zu folgen und die 5 A für jeden Kopf, die gefordert wurden, jedes Halbjahr aus der Kassa zu entrichten. Im Punkt „Verständigen“ wurde beschlossen, die Streifhondsarten zu kontrollieren. Hierauf verlas der erste Streifhändler den Geschäftsbericht vom abgelaufenen Jahre. Es wurden in dieser Zählstelle im verfloffenen Jahre 18 Mitglieder-Versammlungen, 4 Auswärtiger und 2 öffentliche Versammlungen abgehalten. Sodann schloß der erste Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder, ihn in Zukunft besser zu unterstützen und für den Verband zu wirken. Ueber die diesjährige Baukonjunktur läßt sich vorläufig noch nichts Bestimmtes feststellen.

Am 20. Januar hielt die Zählstelle Neuenhagen an der Ostbahn in Lokale Rudolph-Hillerfeld's ihre regelmäßige Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde vom Kassierer Robert Braag der Kassenbericht erstattet, und zwar vom B. und A. Quartal. Die Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierauf ging man zur Wahl des Vorstandes über. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Robert Summann wieder gewählt, ebenso auch der bisherige Kassierer Kollege Braag. Im dritten Punkt der Tagesordnung wurde von mehreren Kollegen die Einsetzung der Zählstelle kritisiert. Es wurde für richtig erklärt, nunmehr, mit ganzer Kraft dafür Sorge zu tragen, daß bei aufgestellte Kandidat Meinhold kräftiger, Friedlich, Bogen gewählt werde. Es haben denn auch bei der Wahl sämtliche in der Versammlung anwesende Kollegen für Kröger gestimmt. Im Punkt „Verständigen“ wurde noch den Kollegen ein Herz gesagt, die Versammlungen regelrechter zu besuchen.

Die Zählstelle Nordern hielt am 16. v. M. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. In die örtliche Verwaltung wurden gewählt: W. Fintel als Bevollmächtigter und A. Rowow als Kassierer. Die Wallabrechnung ergab einen Ueberschuß von M. 8,30; derselbe wurde der Kassa überwiesen. Ueberragend gab der Kassierer einen Ueberschuß über die Einnahmen und Ausgaben im verfloffenen Jahre. An wöchentlichen Beiträgen wurden bereitwillig M. 928,60, an Streifhondsbeiträgen M. 157. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 84. Wegen Schülern gefahren wurden F. Müller und H. Gerpach.

Am Sonntag, den 20. Januar, tagte im Schützenhause eine Mitglieder-Versammlung der Zählstelle Nordhagen. Da es an genügender Besammlungsstärke nicht gefehlt hatte, hatten sich die Kollegen ziemlich zahlreich eingefunden. Der erste Bevollmächtigte erstattete zunächst den Jahresbericht. Es haben im verfloffenen Jahre im Ganzen stattgefunden 12 Mitglieder-Versammlungen, 6 Sitzungen der örtlichen Verwaltung und 2 öffentliche Versammlungen. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Kassa hatte eine Einnahme von M. 127,21, die Ausgabe betrug M. 86,80, es verblieb somit ein Bestand von M. 40,41. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 120. Die Abrechnung wurde genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Neuwahl der örtlichen Verwaltung wurden gewählt als erster Bevollmächtigter Kollege Suermann und als erster Kassierer Kollege Bommer. Als Delegierter zum Verbandsrat wurde Kollege Suermann gewählt. Dem Bevollmächtigten wurden für seine Bemühungen ein Prozent der Einnahmen bewilligt.

Am Mittwoch, den 18. Januar, fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Zählstelle Nordhagen im Nordhagen Vereinshaus statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal, welche für richtig befunden und von den Revisoren bestätigt wurde. Ueberragend folgte die Neuwahl der örtlichen Verwaltung. Gewählt wurden als erster Bevollmächtigter Wilhelm Wagner und als erster Kassierer Eduard Kuno. Ferner wurde Kollege Deder als Delegierter zum Verbandsrat aufgestellt und folgende Anträge beschlossen: 1. Die Akkordarbeit abzuschießen. 2. Die wöchentlichen Beiträge durchschnittlich auf 40 A zu stellen, bei Wegfall der Streikrate.

In Rünenberg wurde am 14. Januar ein Gesellenauschuß für die Bau-Maurer- und Zimmerer-Innung gewählt. Die von den zentralisierten Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten wurden einstimmig gewählt.

Aus Oramenburg schreibt man uns: Bezugsnehmend auf den Bericht der Zählstelle Witten in Nr. 3 des „Grundstein“, betreffs der Zählstellen-Konferenz Witten-Vernau-Oramenburg, will ich hiermit richtig, und nicht wie der Eingebende die Wahrheit auf den Kopf stellen. Es wurde von den Vernauer Kollegen gewünscht, nach Möglichkeit dahin zu streben, daß der Delegierte auch politisch organisiert sei, mit der Forderung, daß nur der Kollege als wirklich gewählter zu betrachten sei, der beide Organisationen genau kennt und in allen Punkten bertritt, wo es nur irgend angebracht ist. Dieser Auffassung schloßen sich auch die Oramenburger Kollegen an, und zwar, weil es doch etwas Selbstverständliches ist. Es wurde zwar von den Witterner Kollegen angeführt, daß wohl hierauf nicht der größte Wert gelegt werden brauche, weil auf dem Verbandsrat nur rein wirtschaftliche Fragen zur Behandlung kommen könnten, was auch alle Kollegen für wahrheitsgemäß halten. Es wurde dann im Allgemeinen auch weiter kein Gewicht darauf gelegt. Der Vorschlag, den Kollegen Rühl-Oramenburg als Delegierten zu wählen, fand bei den Kollegen aus Witten und Vernau volle Zustimmung. Es ist somit widerlegt, daß die sachlichen Gründe der Witterner Kollegen niedergestimmt worden sind. Es trifft also nicht zu, was Kollege Schödo in Witten über die Angelegenheit geschrieben hat. Ich halte es allerdings für notwendig, daß unsere Mitglieder auch politisch organisiert sind, und zwar im Sinne der Sozialdemokratie, aber dasselbe scheint ja auch Kollege Schödo zu wollen, da er durchdringend läßt, daß die Witterner Kollegen in noch besserer Weise ihre Pflicht als Arbeiter erfüllen, als verumtlich die Vernauer und Oramenburger. Wie dem auch sein mag, ich will nur noch sagen: Wenn ich gewußt hätte, daß die Konferenz dieser beiden Nachbarn von Schödo ausgelegt würde, dann hätte ich in den Witterner Kollegen entsetzt gesehen, daß Manndal für sich in Anspruch zu nehmen. Offenlich lassen sich aber auch die Witterner Kollegen nachträglich überzeugen, daß sie von einem politisch organisierten Kollegen aus, in gewerkschaftlichen Fragen gut beraten werden.

Am 20. v. M. fand im Oppermann'schen Lokal in Rasthew eine gute besuchte öffentliche Maurerverammlung statt. Als Referent war Kollege Stanning aus Hamburg anwesend, welcher in einem einflüßigen Vortrage das Thema behandelte: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im Baugewerbe.“ Er wies zunächst darauf hin, daß in Deutschland in den letzten Jahren ein gewaltiger wirtschaftlicher Aufschwung stattgefunden habe. Hierdurch hätte auch das Baugewerbe profitiert. Den Ueberragend anhalt hätte allerdings das Unternehmertum an sich gerissen, während sich die Arbeiter mit einigen Verminderten Lohnzuwachs und in einigen Fällen auch mit einer ungenügenden verstärkten Arbeitszeit zufrieden geben mußten. Und diese durchaus noch ungenügenden Ertragsverhältnisse hätten auch noch nicht erlöst werden können, wenn nicht die deutschen Maurer es verstanden hätten, sich eine Organisation zu schaffen, die den Angehörigen derselben Vertrieben einflüßig, den Unternehmern aber die Überzeugung beibringe, daß sie nicht mehr willkürlich nach der bisherigen Weise Löhne und Arbeitszeit festsetzen können, ohne ihre Arbeiter gefragt zu haben. Durch die politischen Ereignisse im letzten Jahre sei aber das Wirtschaftliche in Deutschland stark beeinflusst worden und teilweise zurückgegangen. Darunter habe auch das Baugewerbe zu leiden. Wenn auch ein merklicher Aufschwung in der baugewerblichen Tätigkeit nicht zu verzeichnen sei, so sei doch in der letzten Zeit ein Ereignis eingetreten, das von den Unternehmern bemerkt wurde, ihre abnehmende Haltung gegenüber den Forderungen der Arbeiter zu revidieren. Es sei dies der Zusammenbruch der Hypothekentbanken in Berlin. Die Arbeiter brauchen sich aber vor diesem Schreckgespenst der Unternehmern noch nicht bange machen zu lassen und mit ihren gerechten Forderungen zurückzufallen, denn nach seiner, des Redners, Ansicht, sei zwar eine Stöckung im Wirtschaftsgetriebe eingetreten, von einer allgemeinen Krise könne aber noch keine Rede sein. Ausgeschlossen sei es aber nicht, daß die sieben letzten Jahre bald ihr Ende erreichen und sieben magere Jahre nachfolgen würden. Dies wäre Zustand, eintrete, hätten die Kollegen die Pflicht, mit allem Nachdruck für die Erhaltung der Organisation zu arbeiten. Eine möglichst sehr stark einflüßige Krise dürfe nicht auf eine Schwächung oder gar die Vernichtung unserer Organisation zur Folge haben. In der Zeit der Krise gelte es, die Ertragsverhältnisse mit aller Energie zu verteidigen, um dann, wenn die Zeit der Prosperität anbräche, auf dem Ertragsverhältnis bauen zu können. Redner bewies dann den Kollegen an ihrer eigenen Vergangenheit den Wert der Organisation und forderte sie zum Schluß auf, unentwegt und zu allen Zeiten auf derselben fest zu halten. Vor allen Dingen sei es aber notwendig, wahre Solidarität zu üben. Die Kollegen, denen man die Rettung übertrage, müßten vor Maßregelung geschützt werden, damit sie ihre Kräfte nicht

verkörtern und damit die Lust und Liebe für die Gesamtheit einzutreten. Wenn die Kollegen die Dosis sich zu eigen machen und darnach handeln: „Alle für Einen und Einer für Alle“, dann stehe die Organisation gut da und werde allen Stürmen trotzen können. In der Diskussion sprach noch Kollege Gumbold im Sinne des Referenten. Kollege Trüffelberger fragte an, weshalb man ihn ausgeschlossen habe. Es wurde ihm bedeutet, daß er sich selber ausgeschlossen habe. Dadurch, daß er sechs Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand blieb. Mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

In Reichenbach i. V. fand am Sonnabend, den 20. v. M., eine öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Wilsch, Doil erhaltete Bericht über die Jahresrechnung. Kasse und Bücher sind für richtig befunden, was von den anwesenden Revoren bestätigt wurde. Durch Erheben von den Plänen wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Zum Vertrauensmann wurde vorgeschlagen: Wilsch, Doil und Ernst Nitzger als dessen Stellvertreter. Als Delegierter nach Mainz w. de vordringlichen Geinrich Ludwig und als dessen Stellvertreter Eduard Geert. Einige Kollegen sprachen sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Es wurde der Antrag gestellt, den Delegierten ein gebündeltes Mandat mitzugeben über den Punkt Arbeitslosenunterstützung. Wenn jedoch ein Antrag für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eingeht, soll er die Meinung der Kollegen zur Sprache bringen. Weiter wurde der Antrag gestellt, daß die Baukontrollkommission beim Stadtrat vorfindet werden soll, um anerkannt zu werden, damit vielen Mißständen auf Bauen abgeholfen und den Unfällen vorgebeugt wird. Zum Schluß führte der Vorsitzende aus: Er habe in Erfahrung gebracht, daß von den hiesigen Baumeistern der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches illusorisch gemacht werden soll und legt den Kollegen an's Herz, den Nebel, der in nächster Zeit den Kollegen vorgelegt werde, nicht zu unterschätzen. Nach einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Senftenberg schreibt man uns: Da es uns leider nicht möglich ist, in und um Senftenberg ein Lokal zu Verfassungen zu erlangen und uns somit auch die Gelegenheit genommen ist, die schändlichen Zustände, welche hier auf den Bauen herrschen, an die Öffentlichkeit zu ziehen, so wollen wir dieselben hierdurch wenigstens unseren Kollegen zur Kenntnis bringen. Hier sind am Bau der Brückfabrik auf Grunde „Anna-Maislbe“ in Selbst bei Senftenberg, welche der Maurermeister Albert Buch für die Kohlenbarone Schöppenshäuser und Wolff baut, folgende Mißstände: In erster Linie ist für rund 300 Personen (Grubenarbeiter, Maurer und Maurerarbeiten) ein zweifelhafter Abort vorhanden, aber wie sieht derselbe aus! Das Dach taugt nichts; da keine Kappe darauf ist, so läuft bei Regenwetter das Wasser so durch, daß man sich garnicht hineingewagt. Da der Abort gegenüber niemals gefegt oder gesenert, überhaupt nicht gereinigt wird, so fland der Stroh, namentlich bei der großen Kälte, 5 m über die Brille, und ist man genötigt, in den nahegelegenen Wald zu gehen, wo aber gerade die Kalou-Senftenberger Bahn vorbeiführt. Die Passagiere derselben können ein „angenehmes“ Bild betrachten, weil fast immer mehrere Mann da sitzen. Eine Baubau ist ja vorhanden, aber viel zu klein. Auch ist kein Ofen darin und es werden Leere Zementfässer, Mühlstränge usw. darin aufgeschichtet, daß man bald gar keinen Platz mehr hat, wo man seine paar Sachen hinhängen kann. Garbeitet wurde ein paar Wochen lang 88 Stunden in einer Tour, da die Fabrik in Betrieb gebracht werden sollte. Der Lohn betrug pro Stunde 34 A. Zulage für Ueber- und Nachtsunden gibt es nicht. Außerdem wurde und wird noch jeden Sonntag gearbeitet, auch ohne Zulage. Nun war bis zum Sonnabend, den 12. Januar, die notwendigste Arbeit fertiggestellt und wurden an diesem Tage einem jeden Gesellen und Arbeiter 2 A. pro Stunde abgezogen, ohne vorher ein Wort davon zu sagen. Es ist hiergegen vorläufig nichts zu machen; da zu wenig Kollegen organisiert sind. Wenn sämtliche Kollegen über wenigstens die Hälfte derselben dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angehören würden, so könnte so etwas nicht vorkommen. Es ist deshalb endlich einmal an der Zeit, daß die Kollegen von Senftenberg und Umgegend sich energisch aufraffen. Denn nur mittelst Organisation können bessere Zustände geschaffen werden.

Am 20. v. M. fand in Tauscha eine öffentliche Maurerverammlung statt, welche sich mit der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage beschäftigte. Gewählt wurde Kollege Richard Wagner in Wurzen. Dann gab der Vertrauensmann die jährliche Abrechnung bekannt, welche von den Revoren bestätigt wurde. Dem Vertrauensmann wurde Decharge erteilt. Sodann wurde bekannt gegeben, daß von jetzt ab jeder Vertrauensmann Marken erhält; die Beiträge werden entgegengenommen bei Herrn. Jenner, Neustadt 108. Weiter wurde beschlossen, den Streikfonds obligatorisch einzuführen und den Beitrag dazu auf 20 A. wöchentlich festzusetzen. Die mit ihren Beiträgen im Rückstand gebliebenen Kollegen werden aufgefordert, ihre Schuld baldmöglichst zu begleichen.

Die Jahreshelle Tempelhof hielt am 18. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Abrechnung und Kassenführung wurden für richtig befunden und dem Kassier Decharge erteilt. Abdann wurden Paul Hennig als Bevollmächtigter und Paul Hanisch als Kassier einstimmig wiedergewählt. Des Weiteren wurde konstatirt, daß die Versammlung gegen die Erhöhung der Gehälter der im Berliner Bureau angestellten Kollegen ist, auch wurde der Bevollmächtigte beauftragt, an maßgebender Stelle dagegen zu stimmen, daß 50 pSt. vom Streikfonds nach Hamburg geschickt werden.

Die Jahreshelle Tempelhof hielt am 18. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung nur sehr schlecht besucht war; es waren von den 70 Mitgliedern nur 18 erschienen. Vom Kassier Trebbow wurde die Abrechnung vom 4. Quartal vorkommen. Dann wurde zur Wahl der Verwaltungspersonen geschritten. Kollege S. Franke wurde als erster Bevollmächtigter wiedergewählt und ebenso Kollege W. Trebbow als erster Kassier. Dann wurde zur Wahl eines Delegierten geschritten und Kollege E. Lange aus Schwedt gewählt. Hierauf ermahnte Kollege Franke die Mitglieder, in diesem Jahr einziger zu sein als im vorigen Jahr und besser für die Kollegen, welche von den Unternehmern gemagt werden, einzutreten, damit die Unternehmer einsehen lernen, daß wir einer festen Organisation angehören. Auch möchten die Kollegen sich in Zukunft besser an den Verfassungen beteiligen.

Die Jahreshelle Welbert hielt am 20. Januar ihre erste diesjährige Mitgliederversammlung im Restaurant „Zur Badestadt“ ab, die leider wiederum schlecht besucht war. Kollege Moritz

nahm Gelegenheit, in längerer Rede auf die Folgen hinzuweisen, die durch die föderale Gleichgültigkeit der Kollegen geeizt würden und führte ferner den Kollegen in beweglichen Worten vor Augen, wie notwendig die Organisation zur Erringung besserer Verhältnisse sei. Leider ist anzunehmen, daß alle schönen Worte, die in den Versammlungen gesprochen werden, ohne Erfolg verhallen. Wenn in Welbert, wie auch in den größeren Städten Rheinlands und Westfalens, die Organisation festen Fuß fassen soll, dann muß mit der Haus- und Bauagitation unermüßlich eingesetzt werden. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde für richtig befunden, auf Antrag der Revoren wurde dem Kassier Decharge erteilt; auch wurden dem Kassier pro Quartal M. 4 für seine Bemühungen bewilligt. Die Kollegen Moritz als Bevollmächtigter und Kasper als Kassier wurden einstimmig wiedergewählt. Für die „Grundstein“-Kostportage soll jedes Mitglied vierteljährlich 25 A. zahlen. Dann wurde über Mißstände auf Bauen berichtet, und wurde Kollege Weid beauftragt, die unwürdigen Verhältnisse auf der Konferenz in Varnum zu schildern. Betreffs des Verbandstages schloß sich die Jahreshelle Welbert der Jahreshelle Essen an; genötigt wird, daß der Streikfondsbeitrag für die Kollegen; die Wanderunterstützung beantragt, von M. 5 auf M. 8 erhöht werde.

Am Sonntag, den 13. Januar, hielt die Jahreshelle Weitenhagen eine Generalversammlung ab. Zunächst erhaltete der Bevollmächtigte Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und forderte die Kollegen auf, im neuen Jahre noch mehr für die Interessen des Verbandes einzutreten. Sodann berief der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal, welche die anwesenden Revoren bestätigten. Es wurde dem Kassier Decharge erteilt. In die Verwaltung wurden gewählt: F. Content als erster Bevollmächtigter und G. Friedrich als erster Kassier. Als Delegierter zum Verbandstage wurde der Bevollmächtigte Franz Content mit 49 Stimmen gewählt. Hierzu wurden von der Versammlung mehrere Anträge gestellt. Im Bericht des Bevollmächtigten über die letzte Verbandsbestimmungsung in Berlin fand das Verhalten, oder besser gesagt, der Streik der Lohnkommission allgemeine Mißbilligung und führte zu einer fürnämlichen Debatte. Von der Versammlung wurde beantragt: Sämtliche Lohnkommissionsmitglieder nicht wiederzuwählen, wenn sie auch zu den alten Bedingungen weiter arbeiten würden. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß die neuen Sammelkarten zum Streikfonds Sonnabends von 8-10 Uhr Abends im Lokale des Herrn Kühne veranlagt wurden.

Die Jahreshelle Werber a. S. Sabel hielt am 18. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vom Kassier wurde die Abrechnung vom 4. Quartal und die Jahresabrechnung vorkommen, welche von den Revoren als richtig bestätigt wurde. Der Kassier wurde entlassen und wurde ihm zum Vorstehenden ein Lob für die gute Führung der Kasse erteilt. Zum Bevollmächtigten wurde Wilhelm Sasse, zum Kassier Albert Näther gewählt. Zu der in Berlin stattfindenden Probvingialkongregation wurde Kollege Näther als Vertreter gewählt. Als Delegierter zum sechsten Verbandstage wurde Kollege Wilhelm Sasse-Werber ausgeselct. Die Lohnkommission teilte mit, daß von den Meistern bisher noch keine Antwort eingegangen sei. Die Kollegen F. Senfide und M. Ziep wurden als Reichwerbekommission gewählt.

Die Jahreshelle Wolfenbüttel hielt am 19. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche leider nur schwach besucht war. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1900 wurde genehmigt und dem Kassier Decharge erteilt. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Demede in Vorkoch gebracht. Sodann wurde nach längerer Diskussion beschlossen, seine Ämter nicht mehr in Afford zu übernehmen. Der Lohnkommission wurde eingeschärft, hauptsächlich darauf zu sehen, daß an den Neubauten die Verhältnisse, Baubanden und Aborte sich in Ordnung befinden. Den Baudelegierten wurde aufgegeben, daß von 1. März an die Streikfondsbeiträge regelmäßig gezahlt werden. Zu diesem Zwecke haben sie an jedem Montag die Mitgliederbücher und Streikfondskarten zu revidieren.

Die Jahreshelle Wolgast hielt am 19. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Von dem Kassier wurde die Abrechnung vom vierten Quartal vorkommen, worauf ihm Decharge erteilt wurde. Sodann wurde Bericht über die Konferenz in Sletzin erlassen. Bei der Wahl der britischen Verwaltung wurde als erster Bevollmächtigter Kollege Böllert und als erster Kassier Kollege Windholz wiedergewählt.

Am 13. Januar fand in Wurzen im Saale der „Stadt Wien“ eine den Verhältnissen entsprechend gut besuchte öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Jacob aus Leipzig sprach über: „Der nächste Verbandstag und seine Bedeutung“. Er entblühte sich seines Referats zur vollständigen Zufriedenheit der Versammlung. Unter Anderem brachte er auch die Kartellfrage mit zur Sprache. Er erklärte, die Gewerkschaftskartelle hätten sich infolge der Zentralisation der Gewerkschaften als überflüssig erwiesen. Kollege Jacob trägt noch, daß viele Kollegen gegenüber den Zeitungen lesen und unser Varietablatt, die „Leipziger Volkszeitung“, vernachlässigen. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Richard Wagner mit 68 von 69 abgegebenen Stimmen gewählt. Im Punkt „Innere Berufsangelegenheiten“ wurden die Verordnungen für Arbeiterführer auf Bauen der Stadt Wurzen, sowie der „Kgl. Amtshauptmannschaft Grimma einer scharfen Kritik unterzogen, weil einzelne Punkte darin enthalten sind, welche der Arbeiterfürsorge nicht entsprechen, wie sich auch beide Erlasse sehr miteinander unterscheiden. Ferner wurde auch gerügt, daß unsere Kollegen die vertragsmäßig festgelegte Wagnung, der Sonntags- und Nacharbeit (10 A. Ausschlag pro Stunde) nicht erhalten haben, was aber nur darauf zurückzuführen ist, daß verschiedene Kollegen so feige sind und sich an den Unternehmern nicht heran getrauen. Ferner wird gerügt, daß die organisierten Kollegen unser einziges verfügbares Lokal, „Stadt Wien“, so wenig besuchen. Es wurde dann ferner beschlossen, daß 50jährige Maurerjubiläum des Kollegen Hermann Ludwig festlich zu begehen, und soll hierzu eine dreigliedrige Kommission die weiteren Schritte einleiten. Vom Vertrauensmann Otto Viehweg wurde die Jahresabrechnung bekannt gegeben; darnach sind an die Hauptkasse gezahlt M. 1761,53, für den Streikfonds M. 1428,48. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von M. 1056,29 und eine Ausgabe von M. 688,01, bleibt ein Kassensaldo von M. 488,28. Im vergangenen Jahre haben 6 öffentliche Versammlungen und 22 Sitzungen der Lohnkommission stattgefunden. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresschluß 190. Es wurde beantragt, eine Bauarbeiterführerkommission in's Leben zu rufen, was aber bis zu einer Generalkonferenz vertagt wurde. Zum Schluß mußte Kollege Reichmann, nach Rücksicht geben über seine Klage gegen den Baumeister Weweg wegen 14tägiger Rückzahlung. Hieraus war zu ersehen, wie sehr sich die Herren

suchen aus der Schlinge zu ziehen, was in diesem Falle aber wohl nicht gelingen wird. Es wurde auch noch gerügt, daß selbst organisierte Kollegen die vertragsmäßig festgelegten Ruhepausen nicht inne halten. Hierauf schloß der Verammlung.

Die Jahreshelle Rehdentke hielt am 18. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst gedachte Kollege Mittag des Ablebens des alten Kollegen Gensfeld. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen, wie üblich, durch Erheben von den Eichen. Nach einem längeren Vortrag des Kollegen Mittag verlas der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal und den Kassensbericht vom verfloffenen Jahre. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von M. 449,86, eine Ausgabe von M. 237,95 und einen Bestand von M. 211,91. In der Streikfasse befanden sich noch M. 15 alter Bestand, welche der Agitationskommission überwiesen wurden. Für die Hauptkasse wurden eingenommen: An Verbandsbeiträgen M. 791,64, an Streikfondsbeiträgen M. 506,64. Der Kassensbericht wurde von den Revoren für richtig befunden und wurde dem Kassier auf Antrag des Kollegen Schneider Decharge erteilt. Hierauf wurde die Neuwahl der britischen Verwaltung vorgenommen. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Mittag und zum Kassier Kollege Kappel einstimmig wiedergewählt. Als Hilfskassier und zugleich als „Grundstein“-Vertreter wurde Kollege Mittag gewählt. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Mittag einstimmig gewählt. Zum Bistrotsekretär wurde Kollege Schneider gewählt und wurden denselben M. 10 überwiehen.

Aus Rehdentke wird uns geschrieben: Der besessene Unternehmer Nagel in Voigtberg (Niedermark) hatte zum Sonntag, 20. v. M., für die bei ihm beschäftigten Maurer eine Veranmlung einberufen, um Lohn- und Arbeitszeit für dieses Jahr festzusetzen. Da nun die Verbandskollegen glauten, auch ihre Mißstände werden berücksichtigt werden, hatten sie sich den Kollegen Mittag aus Rehdentke zu Hilfe gerufen, um mit diesem gemeinsam an der Versammlung teilzunehmen. Doch die Sache kam anders. Als Kollege Mittag mit noch sieben anderen Kollegen den Saal betrat, wurden sie von dem Unternehmer Nagel zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß dies eine geschlossene Gesellschaft sei, zu der nur die von ihm Geladenen Zutritt hätten. Es wurde nun der Versammlung ein Vertrag vorgelegt, der in seinen wichtigsten Teilen die Bestimmung enthielt, daß die Arbeitszeit eine stündliche wie bisher sein soll; der Lohn wird auf 28 A. pro Stunde festgesetzt und alles Andere soll bleiben, wie es bisher war. Es folgten dann noch einige Bestimmungen, die der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden dürfen. Es heißt dann: Wer von den Gesellen den Vertrag bricht (unter Vertragsbruch wird verstanden, wenn mehrere Gesellen zugleich aufhören), zahlt M. 20 Strafe, und wer Schwärzerarbeiten übernimmt, hat M. 10 in die Strafkasse zu zahlen. Man hätte nun denken sollen, daß die Annahme eines solchen „Vertrages“ von den Gesellen rundweg abgelehnt worden wäre. Aber weit gefehlt. Als der Unternehmer Nagel erklärte, wer nicht unterschreibt, von dem nehme er an, daß er nicht länger bei ihm arbeiten wolle, er müsse auf der Unterdrift bestehen, da er sich mit seinen Arbeiten darnach richten müsse, da wurde das Herz seiner Gesellen weich und sie unterschrieben; einigen Wenigen, die sich noch nicht dazu verstehen konnten, wurde Zeit gelassen bis zum 1. Februar. Charakteristisch, wie das eigentümliche Vorgehen des Unternehmers und sein Vertrag es ist, ist auch die Antwort, die er auf eine Anfrage erteilte und die lautet: Welche Strafe er, der Unternehmer, zahle, wenn er Leute entlassen würde. Die Antwort darauf war: Er entlasse seine Leute, wer auf einem Bau seine Schuldigkeit nicht thut, den schicke er nach einem anderen Bau, so wolle es der Herr Graf und er, Nagel, haben.

Berichtigung. Betreffs des Versammlungsberichts aus Sletzingen in Nr. 3 des „Grundstein“ fragt der Schriftführer in seinem tendenziös gefärbten Bericht, woran die Gutisbüchlein zu erkennen sind. Nach Auffassung des Schriftführers sind es frölich diejenigen, die nicht moralisch gezeugen werden müssen, um einen Beitrag zum Streik-rep. Lokalfonds zu leisten. Nach meiner Ansicht aber sind das die Gutisbüchlein, die freiwillig leisten, was in ihren Kräfte steht und was hat die Jahreshelle Sletzingen bemerkt. Was die Bemerkung bei Annahme der Kandidatur meinerseits betrifft (die gefällig und einseitig vom Schriftführer berichtet wird), so habe ich damit nicht getan, daß ich gegen jede weitere Erhöhung des Beitrages bin, und lege entschieden Verwahrung dagegen ein, mir anzumachen, daß ich bei einer eventuellen Wahl die Erhöhung der Beiträge zu insinieren allein im Stande wäre.

D. Meier, Sletzingen.

Stukkateure.

Berlin. Die Stukkateure Berlins hielten am 19. Januar eine gut besuchte Generalversammlung bei Wüste, Grenadierstraße 33, ab. Die von den Revoren vorkommende Abrechnung ergab für die Filiale eine Einnahme von M. 1133,35, ausgegeben wurden M. 867,25, so daß ein Bestand von M. 766,10 verbleibt. Für die Hauptkasse wurden eingenommen M. 715,09, ausgegeben M. 116,95, bleiben auszuführen M. 598,14. Für den Streikfonds wurden im letzten Quartal M. 1347,25 eingenommen und M. 850 ausgegeben. Auf Antrag der Revoren wurde dem Kassier Decharge erteilt. Im zweiten Punkt wurde ein Meistunterstützungsreglement, welches dem Verbandstage vorgelegt werden soll, durchgelesen und gut geheißen. Eine längere Debatte entspann sich über die Zweckmäßigkeit einer Arbeitslosenunterstützung. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich im Prinzip für eine Führung einer Arbeitslosenunterstützung. Sie beauftragt die Delegierten, auf dem Verbandstage für Einführung derselben zu stimmen, wenn die materiellen Unterlagen dafür garantiert sind. Im Punkt „Verständnisse“ wurde bekannt gegeben, daß einige Kollegen sich dazu hergeben, bei offenen Bauarbeiten zu arbeiten. Das sollte nach allerdings heute nicht mehr für möglich halten. Die Sperre bei der Firma Jäckel besteht unverändert fort. Leider haben sich wieder einige Streikbrecher gefunden. Die Berliner Kollegen werden sie im Gehändnis behalten.

Breslau. Die hiesige Filiale hielt am 13. Januar ihre Generalversammlung ab. Kollege Dittmann eröffnete die Versammlung bei Anwesenheit von 60 Mitgliedern um 5 Uhr. Die Abrechnung vom Kollegen Winkler ergab folgende Zahlen: Gesamteinnahme M. 193,10, an den Hauptkassen abgeliefert M. 106,09, Bestand vom 8. Quartal M. 246,85, Streikfonds M. 515,60. Einnahme für die Filiale M. 169,90, alter Bestand M. 769,45. Demnach M. 929,05. Hieron wurden ausgegeben

M. 40.35. Bleibt ein Kassenbestand von M. 892. Die Revisionskommission hat die Richtigkeit der Abrechnung und dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Der Jahresbericht des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Es haben stattgefunden eine Generalversammlung, eine außerordentliche Versammlung, 24 Mitglieberversammlungen, sowie 4 Revisionen, außerdem 3 Vorstand- und 8 Lohnkommissionen. Im Anfang des Jahres betrug die Zahl der Mitglieder 67, aufgenommen wurden 76, abgetreten sind 47, gefürchten 2, aus unbekanntem Grunde ausgeschieden 1, so daß gegenwärtig 98 Kollegen in heutiger Filiale organisiert sind. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: Neumann I., erster Vorsitzender, Müller, Kassierer. Im Punkt „Verschiedenes“ kamen einige hiesige Angelegenheiten zur Sprache. Unter Anderem wurden von der Versammlung M. 6 für die Bauarbeiter-Kontrollkommission und M. 12 für den Kollegen ausgesüßte Kontrolle bewilligt. Die Versammlung beschloß ferner, die nächsten Versammlungen im Restaurant „Goldener Bach“, Urfeldstr. 21, abzuhalten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung um 8 Uhr.

Düsseldorf. In der am 13. Januar stattgefundenen Generalversammlung verlas zunächst der Kassierer Jörn die Abrechnung vom 4. Quartal und sodann die Jahresabrechnung. Es wurden laut Abrechnung in jedem Jahre verkauft: Waren a 20 4 8860 Stück, Waren a 10 4 975 Stück, Waren a 10 4 894 Stück, 288 Stück. Hieran anschließend legte der erste Vorsitzende den Jahresbericht vor. Hieron sei erwähnt, daß im vorigen Jahre 42 Versammlungen stattgefunden haben und zwar 27 Mitglieder, 10 öffentliche, 1 außerordentliche und 4 Generalversammlungen. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Polmann als erster Vorsitzender und als erster Kassierer Kollege Jörn. Als Bezirkskassierer wurden gewählt: für den Bezirk Dorenholz Kollege Frillig, Kollege Köber übernahm freiwillig den Bezirk Flingern für ein Vierteljahr für die Bezirke Altstadt, Bill, Oberbühl und Friederichsbad konnte trotz reichlicher Vorschläge niemand gewählt werden, weil die Versammlung wegen des anfallenden Frostwetters sehr schlecht besucht war. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Gustav Polmann gewählt. Nach einer Ausforderung seitens des ersten Vorsitzenden, recht kräftig für den Verband zu agitieren, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Gera. Die am 20. Januar tagende außerordentliche Mitglieberversammlung beschäftigte sich mit der von dem Unternehmers-Glied vorgenommenen Fahrgeldreduzierung von der 3. auf die 4. Wagenklasse, sowie mit der Weigerung, die Stunden, welche jeder Kollege im Interesse des Geschäftes auf der Bahn zubringen zu bezahlen. Beide Punkte, Beziehung der 3. Wagenklasse, sowie Bezahlung der Fahrzeit, waren bei unserer letzten Verhandlung wieder bewilligt worden. Da Herr-Glied die getroffenen Vereinbarungen umsetzen will, so sehen wir uns genötigt, in einen Unabwieslich einzutreten.

Hamburg. Am 9. v. M. fand bei Sid eine Mitglieberversammlung statt. Die Abrechnung vom vierten Quartal 1900 ergab: Stammeinnahme M. 529.05, Einnahme für die Hauptkasse M. 283.81, Ausgabe für dieselbe M. 78.52, bleiben abzuführen M. 275.29. Mitglieberbestand 284 Kollegen, nachdem 21 wegen rückständiger Beiträge gefürchten: Fällbarvermögen M. 2510.14, Ausgabe in diesem Quartal M. 233.32, bleibt Fällbarvermögen M. 2276.82. In der Merkantiliste waren über 100 Kollegen verzeichnet. Gewünscht wird, daß diese Merkantiliste vervollständigt und unter den Kollegen verteilt wird, damit die Kontrolle eine leichtere ist. Käser betonte, daß die Bezirkskassierer ihm bei wenig bekannt machen, wer mit seinen Streckfondsmarken im Rückstand ist, daher erhalte mancher Kollege den „Grundstein“, welcher ihn gar nicht beanspruchen könne. Die Revisoren beantragten, dem Kassierer Decharge zu erteilen, dies wurde einstimmig angenommen. Dann begrüßte Thielberg seinen Antrag: Neuwahl der Delegierten zum Verbandstage. Die Wahlhandlung habe in einer Generalversammlung stattzufinden, sodann gehörten die Städte Bremen und Lübeck mit zu unserer Wahlkreis, und sie hätten unbedingt Nachricht geben müssen, ob sie aus ihrer Mitte einen Delegierten aussenden wollten, oder sich mit unseren Vorschlägen einverstanden erklären. Sittenfeld ist mit dem Antrag Thielberg einverstanden. Sopp erklärt, nach Bremen, an den Vorstand der dortigen Filiale abzurufen, geschrieben zu haben. Als heute haben wir weder Briefe noch Antwort zurück. Es begehrt sich nach: Eder, Lehne, Wädel, Herr und Erdmann an der Debatte, worauf die Wahl der Kollegen Eder, Sittenfeld und Schallensmüller, welche in einer vorhergehenden Versammlung stattgefunden, annulliert wird. Vorgeschlagen werden als Kandidaten: Schallensmüller, Eder, Sittenfeld Thielberg, Wädel und Erdmann. Zum Jahresbericht beantragt Lehne, dem „Streckfond“ M. 50 aus unserer Filiale gut zu schreiben, damit wir am Schluß des Jahres 1900 unseren Streckfond mit M. 3000 abschließen können. Dies wird angenommen. Jeder anwesende Kollege erhielt einen ausführlichen Jahresbericht. Versammlungen haben im letzten Jahre 24 stattgefunden, sie waren durchschnittlich von 50 Mitgliedern besucht. Bei Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: G. Schallensmüller, erster Vorsitzender, F. Weber, erster Kassierer. Beschwerden waren eingelaufen, daß bei dem Lebernehmer Döbering Sonntag gearbeitet und bei Frühe Anwesenden von seinen Wildbauern ausgeführt werden.

In der Mitglieberversammlung am 18. v. M. gab der Vorsitzende zunächst bekannt, daß jetzt auf Antrag Rein's der Vorstand die Funktionen der Lohnkommission übernommen habe. Des vorhergehenden Kollegen J. Diekmann wurde in der üblichen Weise gedacht. Zur Wahl von zwei Delegierten zum Verbandstage verlas der Vorsitzende ein Schreiben der hiesigen Filiale, worin mitgeteilt wird, daß diese beiden Kollegen Spät mit 23 Stimmen gewählt hätte. In Lübeck wurden 10 Stimmen für Schallensmüller und Eder abgegeben. Als Kandidaten fungierten Schallensmüller, Eder, Sittenfeld, Wädel, Thielberg und Spät aus Bremen. Gewählt wurden Eder mit 28 Stimmen und Spät mit 21 Stimmen; Spät erhielt zumal 28 Stimmen. Die Angelegenheit Klause contra Polnagel wurde dadurch erledigt, daß Polnagel im Besitz eines Mitgliedes Köcher zur Rede stellen soll. Zum Bericht vom Gewerkschaftsartikel verliest Lehne die neue Fassung des Regalitäts. Er machte besonders auf den § 2, Zusammenlegung des Karriés, und § 10, Streckunterstützung, aufmerksam und wies nach, in welcher Weise wir dadurch benachteiligt werden. Auf Antrag Lehne soll eine Urabstimmung herbeigeführt werden. Schiedemann spricht über das geplante Gewerkschaftshaus. Sittenfeld kritisiert das Regimen derselben während der jetzigen findenden Konjunktur; auch in finanzieller Hinsicht würde die Kommission große Schwierigkeiten haben.

Saintotter. In der Mitglieberversammlung vom 19. v. M. wurde bekannt gemacht, daß die Firma Schön & Becker in auswärtigen Zeitungen-Suffateure verlangt, obgleich am Orte genug arbeitelohe Kollegen vorhanden sind. Da nun auch verschiedene Kollegen bei der Firma um Arbeit angefragt haben, dieselben aber nicht eingestellt wurden, läßt sich die Sache nicht anders erklären, als daß die Firma noch mehr Ueberfluß an Arbeitskräften am Orte haben will, damit den Herren die Arbeit billiger fertig gemacht wird. Die Kollegen werden daher ersucht, dieser Annonce nicht zu folgen. Laut Versammlungsbeschluss haben sich sämtliche Kollegen, die am Orte arbeitslos sind, im Vereinslokal anzumelden, widrigenfalls sie die wöchentlichen Beiträge voll entrichten müssen. Alle Anfragen sind an den Vorsitzenden der Filiale, H. Benese, Sandstr. 31, 2. Etage, zu richten.

Köln. Am Sonntag, den 13. Januar, fand die regelmäßige Mitglieberversammlung der Filiale I statt. Dasselbe war sehr frohlich besucht. Zum ersten Punkt, „Gewerkschaftliches“, wurde der Antrag gestellt, eine Statistik aufzunehmen, um festzustellen, wie groß die Arbeitslosigkeit unter den Streckarbeitern in Köln ist. Es wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche sich mit diesem Punkte zu beschäftigen hat. Anträge zum Verbandstage konnten nicht gestellt werden, weil die letzten Versammlungen zu frohlich besucht waren. Die Kollegen der Filiale I werden ersucht, die Mitglieberversammlungen besser zu besuchen als bisher; denn wo wir jetzt nur noch kurze Zeit bis zum Verbandstage haben, wäre es sicher nicht zu viel verlangt, besonders von den bis jetzt noch arbeitslosen Kollegen. Erst wenn die Versammlungen besser besucht werden, ist es dem Schriftführer auch möglich, von jeder Versammlung einen Bericht zu erstatten.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Bei p. g. Auf dem Neubau Kronprinzstraße Nr. 45 ist am 26. Januar ein Baugerüst zusammengefallen, wobei zwei der darauf arbeitenden Männer herabgefallen sind. Der Eine der Verunglückten hat so schwere Verletzungen davongetragen, daß sich seine Unterbringung im Krankenhaus notwendig machte, während der Andere mit leichteren Verletzungen davonkam. Die behördliche Untersuchung ist im Gange.

Hamburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch, den 23. Januar, auf dem Neubau der Thör'schen Fabrik in der Schloßstraße dadurch, daß an dem Hängegerüst ein Haken brach, wodurch ein Teil des Gerüstes herabfiel. Etwa zehn Personen fanden auf dem Gerüst und fielen aus einer Höhe von fünf Meter zu Boden. Einer erlitt einen Armbruch, ein Zweiter einen Rippenbruch, ein Dritter eine Querschnitt der Schulter. Die Anderen kamen mit leichten Hautabrisuren davon. Die Verletzten wurden sofort in ärztliche Behandlung genommen.

Mannheim. Bei Abrucharbeiten führte der Arbeiter Georg Almböck aus Oppau so unglücklich ab, daß er als Beise liegen blieb.

Wen der Unfähigkeit des Submissionswesens legt wieder eine ganze Reihe von Fällen Zeugnis ab. Wir wollen den ungeheuerlichsten Fall voranstellen. In Hamburg werden das alte Frankenhäuser umgebaut und wurden, wie alle anderen Arbeiten, auch die Maler- und Anstreicherarbeiten in Submission ausgeführt. Der Erfolg war, wie die „Baugewerks-Ztg.“ berichtet, daß in der höchsten Offerte M. 17000 und in der niedrigsten M. 8500 geordert wurden. Die Namen dieser beiden Wertschreiber sind in der „Baugewerks-Ztg.“ nicht genannt. Die Viefierung von Werksmeinen und die Ausführung der Erde- und Maurerarbeiten zu einer Ueberführung der Güterbahn Nothnagelstr.-Bahnhof mit Herr Wiese, Hamburg für M. 151700 und Herr Dehner's Hamburg zum Preise von M. 119700 übernehmen. Dazwischen liegen noch 19 Offerten zum Preise von M. 120000 bis 143700. Ein fast ebenso großer Unterschied bei einem viel kleineren Objekte (prozentual also bedeutend größer) ergab sich aus den Offerten für Bahnarbeiten am Wilsdorfer Nothnagel, gleichfalls in Hamburg. Es handelt sich um ein Pfeiler- und drei Säulenfundamente, und verlangen Herr U. Hei-Hamburg A. 50000 und Herr S. Perloose Hamburg M. 30900. Gleichfalls große Differenzen ergaben sich bei der Ausschreibung des fuhrermeinen Ueberbaues am Ferdinandsbr. (Wahnbau Hamburg). Es begehrt sich 18 Eisenwerke an der Submission, Eggers & Co. Hamburg mit der Höchsthofforderung von M. 96600 und Eisenwerk Weiserhütte mit der Mindestforderung von M. 88500. Ein weiterer Submissionsantrag wird uns aus Köln A. M. berichtet. Um den Bau einer Wagenhalle am Nordbahnhof der Straßenbahn zu erhalten, hatten 19 Unternehmer Offerten eingereicht, von denen der Jüngsteobermeister Herr Wümel mit M. 51900 der Billigste war. Herr Kortlang hatte als Höchsthoffordernder den Bau auf M. 78700 beantragt. Unter M. 60000 war nur noch ein Submittent geblieben, während sechs Forderungen sich zwischen M. 60000 und 70000 bewegten und die übrigen M. 70000 überstiegen. Herr Wümel ist der Anführer der Kölner Mauermeister im Kampfe gegen die Forderungen der Arbeiter, und er hat bisher auch eine ziemlich große Erfolgsgeschichte gehabt. Die Kollegen Wümel's dürften aber nun doch etwas mißtraulich werden gegen ihren Führer, nachdem sie gesehen, daß er etwas gar zu viel zur „Hebung“ des Handwerks beiträgt.

Verschiedenes.

* In dem „Haushaltungsbudget eines Berliner Maurers“ haben wir zu berichten, daß der Kollege nicht 44 sondern 84 Wochen arbeitslos war. Er war im Ganzen an 285 Tagen beschäftigt, und in diese Zeit fielen die angegebenen arbeitslosen Stunden; dazu kommen noch 19 volle arbeitslose Tage. — In der wöchentlichen Ausgabe muß es bei Miltz 63 statt 68 4 heißen.

Eingegangene Schriften.

Die Nr. 3 des „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 5 des „Grundstein“ zum Verband kommt, hat folgenden Inhalt: Des Streiks Ende (Schluß von Eba Negri). — Arbeitslosigkeit Warum? — Moderne Arbeiterbewegung (Verhandlungssekretariate). — Ein Professor der Petersburger Universität

über die Gewerkschaften. — Die englischen Gewerkschaften. — Lohnbewegungen der Bauarbeiter. — Italienische Arbeiter, ausgebeutet von ihren Landsleuten. — Streik der Italienerinnen in der Zuteilindustrie in Sambhofen. — Die Denkschrift der Steinhauer. — Eine unglückliche Kolonie (eine Fabel, die wahr ist). — Korrespondenzen. — Lohn- und Streikbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Verschiedenes vom In- und Auslande.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) Heft 17 des 19. Jahrgangs hat folgenden Inhalt: Herrn Bued's Briefe schreiben. — Die sozialistische Krise in Frankreich. Von Noja-Lugemburg. (Fortsetzung.) — Zur Wertpapierkrise bei Rentenbegutachtungen. Von Johannes Limm. — Gewerbliche Kinderarbeit in Deutschland. Nach den Erhebungen des Reichsamts des Innern, besprochen von Henriette Fürth. — Die Reichsrathswahlen in Österreich. Von Dr. Fritz Winter. — Berliner Theater. — Literarische Rundschau: Otto Mühlbrecht, Bibliographie des Bürgerlichen Geistesbuchs für das Deutsche Reich und seine Nebengese. II. Dr. Lujo Brentano, Das Freihandelsargument. Die Entwicklung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands und die Lohnbewegungen und Streiks im Bäckergewerbe. Prof. Dr. Karl Estlin, Der Kampf zwischen Mensch und Thier.

Billige Führer durch die Arbeiterschutzgesetze, Verhandlung Vorwärts in Berlin. Die Sammlung besteht aus je einem Führer durch das a) Unfallgesetz, b) Gewerbeunfallgesetz, c) Bauunfallgesetz und d) Forst- und Landwirtschafsgesetz: Unfallversicherungsgezet. Jedes Heft kostet 25 P. enthält ausführliches Sachregister, Musterformulare, und empfiehlt sich den Arbeitern um deswillen, weil der ganze Inhalt des Gesetzes nicht paragraphenweise hergeleitet, sondern nach der Materie, populär zusammengestellt ist, so daß der Arbeiter sofort sich Rath holen kann. Bei der finanziellen Wichtigkeit dieser Gesetzmaterie ist eine genaue Kenntnis der Rechte und Pflichten für jeden Arbeiter unerlässlich.

Protokoll der 2. Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevorsteher der Provinz Brandenburg. Buchhandlung Vorwärts in Berlin. Preis 50 P. Die Schrift enthält Referate zu den wichtigsten Fragen, die zur Zeit die Gemeindevorstellungen beschäftigen, z. B. kommunale Wohnungsverhältnisse, kommunale Wohlfahrtsreform, Gesundheitspflege, Landgemeindevorstellung, nächste Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher usw.

Eine Junkerrolle, von Kurt Eisner. Buchhandlung Vorwärts in Berlin. Preis 20 P. Die Schrift schildert den Streik aus den Interessengegenständen der Junker und Industrieller und gibt zugleich eine interessante, ziffermäßig belegte Darstellung über die Entwicklung Preußens vom Agrarstaat zum Industriestaat.

Briefkasten.

Paris, O. W. Artikel erhalten; besten Dank. Wir haben schon einen Artikel über Pariser Bauarbeiterverhältnisse gesehen, werden aber Ihre Arbeit möglichst sofort folgen lassen.

Köln, W. (Stuttgarter). Wir sind zur Zeit so stark mit Material überhäuft, daß wir den eingesandten Artikel noch auf einige Zeit zurücklegen müssen. Senden Sie uns auch den zweiten Artikel, wie werden dann beide Abhandlungen zusammen, vielleicht kurz vor Ihrem Verbandstage, veröffentlichen. Duisburg, W. Das in voriger Nummer unter Düsseldorf Gesagte gilt für Sie.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Wahl der Delegierten zum Verbandstage in Mainz.

Die Hauptwahlen müssen bis zum 8. Februar 1901 stattgefunden haben. Die Wahlprotokolle sind von der Wahlkommission und dem Bevollmächtigten zu unterschreiben und bis zum 10. Februar an den Vorstand einzusenden. Später eingehende Protokolle können nicht berücksichtigt werden.

Anträge auf Statutenänderung

seitens der Wahlstellen müssen bis zum 11. Februar an den Vorstand eingesandt werden; dieselben müssen vom Bevollmächtigten und zwei Mitgliedern der Verwaltung unterschrieben sein.

Die Einzelmittglieder im Admireich Sachsen haben, wenn sie Anträge stellen wollen, diese bei dem vom Vorstande eingesetzten Vertrauensmann einzulegen, welcher dieselben, mit seiner Unterschrift versehen, ebenfalls bis zum obigen Datum an den Vorstand einzusenden hat.

Worthzeichenverband.

Worthzeichen, wie Eintritts-, Beitrags-, Kolportage- und Streckfondsmarken etc., werden in Zukunft nur noch an die Bevollmächtigten gefandt.

In den Wahlstellen sind die Worthzeichen nach Bedarf vom Bevollmächtigten an den Kassierer und vom Kassierer an die Hülfskassierer resp. Beitragsammler auszugeben, aber nur gegen Quittung. Zur Quittung der empfangenen resp. ausgegebenen Worthzeichen sind in den Wahlstellen, soweit es noch nicht geschehen, kleine Notizbücher zu beschaffen.

Die Quittungsbücher sind bei der Revision den Revidenten vorzulegen.

Vom Vorstande bestätigt

sind alle bis jetzt neu gewählten Verwaltungsoffiziere, soweit dieselben angemeldet wurden.

Ausgeschlossen

auf Grund § 15 Absatz a und b des Statuts von der Zahlstelle **Steinbe:** Wilhelm Glerbrock (Buch-Nr. 148 679), Johannes Meier (148 687), Albert Jahn (148 672).

Nur verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Hermann Matzdorf (Buch-Nr. 75 879), Johann Schönbauer (2808), Ferdinand Felsheim (049 906), Wilhelm Erhard (99 828). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Aufforderung.

Wilhelm Märkel, Mitglied der Zahlstelle **Spanda**, wird seitens der Zahlstelle Berlin II aufgefordert, seinen Verpflichtungen bezüglich nachzukommen. Diejenigen, welchen der Aufenthalt des Märkel bekannt ist, werden ersucht, nach Berlin Mitteilung zu machen.

Für das Adressenverzeichnis.

Bei Feststellung desselben sind die Adressen des Bevollmächtigten der Zahlstelle Gumbinnen und des Vertrauensmannes in Jüttau verlegendlich nicht aufzuführen. Die Adressen des Bevollmächtigten für Gumbinnen ist: **Fritz Schäfer**, Wilmannsstr. 11; die des Vertrauensmannes für Jüttau: **R. Kretschmar**, Johannisstraße. **Der Vorstand.**

In der Zeit vom 22. bis 28. Januar 1901 sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der dritten Verwaltung **Hintersee (Vretlin)** M. 218,68, **Jahna** 201,24, **Steinbe** 169, **Krausnick** 140,85, **Gammer** bei **Jahna** 129,12, **Witrow** I. M. 124,56, **Schaafheim** 94, **Immenhausen** 88,80, **Uetersen** 82, **Frederick** 61,41, **Wagenau** 50,78, **Verberg** 46,49, **Nienburg** a. d. W. 39,80, **Armswalde** 88,85, **Niederleben** 87,15, **Elrich** 84,22, **Mosentierhütte** 88,80, **Apitz** 21, **Maldow** 18,89, **Elterberg** 14,11, **Rathenow** 215,14, **Colberg** 188,88, **Witten** I. B. M. 157,40, **Sonneberg** I. B. 154,25, **Leipzig** 185,52, **Storow** 116,98, **Filchne** 107,57, **Raunhof** bei **Leipzig** 97, **Zeugern** 94,40, **Kaltowitz** 92,40, **Gammer** bei **Zeugern** 78,85, **Westerland** a. Spill 77,20, **Bolmirecht** 73,92, **Seegermühle** 69,80, **Dobran** 66,49, **Kellinghufen** 64,80, **Waruß**

61,08, **Neufahrt** I. M. 60,80, **Tempelhof** 57,20, **Kirchmürber** 53,74, **Rogasen** 46,80, **Mühlheim** a. M. 43,20, **Katowitz-Dittawa** 42,94, **Gr.-Deeren** 41, **Cuxhaven** 39,60, **Gerelshof** 35,40, **Erding** 26,50, **Janis** 24,40, **Brate** a. d. W. 23,20, **Spitz** 20,92, **Kalterslauten** 8,64, **Neufahrt** 8,58, **Saalfeld** 5,70, **Wittenberg** 4,40, **Reichen** 68,96, **Neufahrt** I. Denaal 61,43, **Ostendach** a. Main 39,95, **Randspitz** 28,56, **Wörich** 10,24, **Wiederich** (in zwei Raten) 16,15, **Frankfurt** a. M. 791,75, **Greiz** 130,60, **Herzberg** a. d. Elster 111,10, **Muppersthal** 69,70, **Gr.-Wodern** 63,44, **Gr.-Widde** 27,86, **Oppeln** 86,80, **Mittweida** 72,82, **Witten** I. Tannus 39,85, **Seifersdorf** 35,28, **Röhnd** 7,16, **Rawitzsch** 4,10, **Welschena** 169,20, **Sonnenberg** b. Wiesbaden 100, **Cracau** b. Magdeburg 88,26, **Lüdenscheid** 73,56, **Berg-hanen** 16, **Fehrbellin** 5, **Mannheim** 251,50, **Rothenmühl** 87,68, **Friedrichroda** 84,70, **Kulmbach** 80,96, **Hohenkirchen** 138,92, **Seida** 103,24, **Mirfelden** 98,80, **Söllingen** 61,80, **Starnberg** b. München (Ruff.) 40,79, **Schneiditz** 19,75, **Erlangen** I. 11, **Frankenhausen** (Ruff.) 22,73, **Kiel** 89,05, **Offenthal** 80,20, **Geuchelheim** 65,12, **Größswald** 18,80, **Zittau** 12, **Berge-Worbeck** 8,05, **Ober-seifersdorf** 8. Summa M. 7728,97.

Streifkassen.

Hintersee (Vretlin) M. 38,80, **Jahna** — 72, **Steinbe** 30,24, **Krausnick** 2,25, **Gammer** b. **Jahna** 14,20, **Witrow** I. M. 37,12, **Uetersen** 27,88, **Verberg** 7,28, **Armswalde** 6,60, **Niederleben** 2,10, **Apitz** 6,80, **Rathenow** 42,72, **Colberg** 39,60, **Witten** in der **Walt** 42,40, **Sonneberg** I. **Walt** 4,80, **Reichberg** 5,86, **Storow** 68,56, **Filchne** 62,82, **Raunhof** bei **Leipzig** 80,24, **Zeugern** 10,12, **Gammer** b. **Zeugern** 24,80, **Westerland** a. Spill 24,80, **Bolmirecht** 81,32, **Seegermühle** 41,45, **Dobran** 18,44, **Kellinghufen** 31,52, **Waruß** 16,27, **Kirchmürber** — 64, **Rogasen** 6,16, **Gr.-Deeren** 18,78, **Cuxhaven** 5,60, **Wipflich** 6,58, **Neufahrt** 54,48, **Saalfeld** 5,08, **Wittenberg** 2,20, **Reichen** — 96, **Landshut** 4,28, **Röhnd** 1,92, **Greiz** 19,68, **Herzberg** an der **Elster** 8,16, **Gr.-Wodern** 1,44, **Mittweida** 5,44, **Cracau** b. M. 71,16, **Rothenmühl** 15,20, **Friedrichroda** 15,56, **Kulmbach** 6,16, **Hohenkirchen** 21,60, **Seida** 1,08, **Söllingen** 81,76, **Erlangen** — 48, **Frankenhausen** (Ruff.) 11,92, **Kiel** 284,24, **Größswald** 6,88, **Berge-Worbeck** 5,44, **Oberseifersdorf** 1,60. Summa M. 1846,68.

Für Geschichte der deutschen Maurerevergenü.

Steinbe M. 7,50, **Krausnick** 2,50, **Gammer** b. **Jahna** 2,50, **Witrow** I. M. 2,50, **Schaafheim** 2,50, **Immenhausen** 2,50, **Nienburg** a. d. W. 2,50, **Rathenow** 2,50, **Zeugern** 2,50, **Kellinghufen** 2,50, **Tempelhof** — 50, **Saalfeld** 2,50, **Frankfurt** a. Main 40,50, **Reichen** 1,50, **Trabemünde** — 50, **Friedrichroda** 2,50, **Kiel** 37,50, **München** 75, **Barby** 7,50, **Geuchelheim** 1,50. Summa M. 208,50.

Für Broschüre „Die Augsburger Prozesse“.

Kirchmürber, **Steinbe**, **Krausnick**, **Gammer** b. **Jahna**, **Witrow**, **Schaafheim**, **Immenhausen**, **Rathenow**, **Zeugern**, **Kellinghufen**, **Saalfeld**, **Friedrichroda**, **Kiel** und **Barby** je 75 \mathcal{M} und **Trabemünde** 15 \mathcal{M} . Summa M. 1215.

Für statistische Tabellen.

Rathenow M. 2,50.

Verichtigung.

Statt der in Nr. 4 unter **Lübben** für den Streifkassenquittieren M. 20,08 muß es richtig heißen: M. 50,08 und unter **Norden** für Streifkassenquittieren M. 19,96 muß es richtig heißen M. 10,96.

Die Zahlstellen-Kassierer resp. Einreiber von Geldern werden ersucht, auf den Postausweisen genau anzugeben, wofür das eingekasste Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streifkassenbeiträge, sind nur an J. K. W. unter zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 28. Januar 1901.

J. Köster, Hamburg-St. Georg, Bremerstr. 11, I. Et.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 20. bis 26. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in **Wilschelsburg** M. 200, **Vretlin** 200, **Sainthof** 100, **Annaburg** 100, **Waldorf** 50, **Lehr** (Waden) 50, **Neelsen** 50, **Wanzenburg** a. S. 50, **Eggersdorf** 48,16, **Weglar** 45, **Uhlenburg** 35. Summa M. 928,16.

Zuschüsse erhielten: **Alt-Wieslin** M. 300, **Welschsee** 300, **Stuttgart** 200, **Seiten** 200, **Bankow** 150, **Mürnberg** 150, **Memel** 150, **Rathenow** 100, **Stoche** 100, **Armladt** 100, **Herzberg** 100, **Randspitz** 100, **Seida** 100, **Gaffel** 100, **Neu-Müppin** 100, **Malbath** 100, **Münster** I. B. 100, **Dreesen** 100, **Waldorf** 100, **Sargelow** 75, **Fillich** 70, **Werden** 50, **Reinbe** 50, **Witzrow** 50, **Schierheim** 50, **Wesensleben** 30. Summa M. 3025. **Altona**, den 26. Januar 1901.

Karl Reich, Hauptkassierer; **Friedrichsbadestr. 28.**

Verbandsanzeigen.

Sterbetafel.
Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Tode Kenntnis erhalten. Die Beilei kostet 16 \mathcal{M} .

Bernau. Am 24. Januar starb unser treues Verbandsmitglied **Wihl**. **Brütsch** im Alter von 68 Jahren in Wittenberg nach längerem Krankenlager.

Wiel. Am 25. Januar starb unser treuer Verbandskollege **Hans Struck** im Alter von 85 Jahren.

Wauen i. G. Am 25. Januar verstarb unser Verbandskollege, der Maurer **Franz Keck** im 44. Lebensjahre nach kurzem schweren Leiden.

Verichtigung. In Nr. 2 unter **Wiel** ist statt **Wicken** **Hans Pieper** zu lesen.
Ehre ihrem Andenken!

Veranstaltungs-Anzeiger.
Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonnabend, 2. Februar:
Königsutter. Abends 8 Uhr im „Golläger“, Kasse enthält 8. Bericht d. vorigen Jahres. **Büro** 800000 **Süder** u. **Rosten** bis 6 Uhr. d. **Verwalt.** einbringen.
Uetersen. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Sonntag, 3. Februar:
Beitzig. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Bitterfeld. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Colbus. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Erker. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Jüterbog. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Krefeld. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Menselwitz. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Rogasen. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Stelnach. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Templin. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Teuchern. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Zerbst. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Liegnitz. Abends 7 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Spandau. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Mittwoch, 6. Februar:
Friedrichsfelde. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Sonntag, den 10. Februar:
Barnsee. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Hardenbeck. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Schmölln. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Warder a. d. H. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Öffentliche Maurerverfammlungen.
Sonntag, 3. Februar:
Mersburg. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Zentralkrankenkasse der Maurer n. W.
Sonntag, 3. Februar:
Berlin. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Küstrin. Abends 8 Uhr im **Wald**. **Wald** bei **Verwaltung**. **Ergebnisse** aller **Wald**. **notwendig.**

Der Unterzeichnete ersucht um Angabe der Adresse des Maurergesellen **Gerhard Meier** aus **Sasse** bei **Bremen**. Derselbe ist zur Zeit auf Wanderschaft und hat zuletzt am 1. Januar d. J. aus **Köln** a. Rh. ohne nähere Adresse geschieden. [240]
Gerh. Meier sen. Maurer, **Sasse** b. **Bremen**, Nr. 388 a.

[240] **Aufruf!**
Der Maurer **Simon Wagner** oder Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden dringend gebeten, Mitteilung zu machen, entweder an den Vater des Gesuchten, **Maurer-Georg Wagner** in **Oberhonne** bei **Niederhonne**, oder an **A. Lüder** in **Düffeldorf**.

Neuruppin.
Am **Sonnabend**, den 9. Februar 1901:
Gewerkschafts-Vergnügen.
Die Kollegen sind gebeten, sich recht rege zu beteiligen.
Einkaufskarten sind zu haben bei den Kollegen **Koosmann**, **Kamp**, **Lehmk**, **Plädrich**.
[8.-]
Die örtliche Verwaltung.

Geschäftsanzeigen.
Kollegen Deutschlands! **Zölzänder**, prima, **20** **Schwer**, M. 6. **Edle** **Hamburger** **Leberhosen** I. M. 6,50, II (2) **Schwer** M. 4,80, III M. 3,20 portofrei. **Streng** reell. **Nicht** **Gefallen**es nehme **retour**. **Wasser** und **Preislisten** gratis.
Kollege **Kohlheid**, **Dresden-N.**, **Küllerstr. 4.**

Quittungsmarken,
Lokalfondsmarken, Streifkassenmarken, Quittungs-, Kontraktkarten, Sammellisten sowie alle Druckerarbeiten liefert sauber und preiswerth
Conrad Müller,
Schlesien-Bez. 319.
Maßvolle Preislisten gratis.

Quittungsmarken
und **Kautschukstempel**
liefert seit 22 Jahren f. Kaufleute, Klassen u. Vereine
Jean Holze,
Hamburg, Dreßbahn-46.
Verlag sozialistischer Bilder.
Fraktionsbild der sozial. Partei 1898.
Maßvolle Preislisten gratis und franko.

J. Blume & Co.,
Hamburg.
EINGETRAGENE
SCHUTZ-MARKE
Täglicher Verkauf unserer bekannten, echt engl. - lebernen u. Mancheser **Arbeits-Artikel** u. **Zölzänder** **Zafeln**.
Maßer und **Preislisten** gratis.
J. Blume & Co.,
Hamburg.

Achtung!
Verbandskollegen!
Bringe meine sämmtlichen Bedarfsartikel für Maurer etc. in empfehlsener Erinnerung.
— Beste Waare, solide Preise. —
C. Eilers,
Bielefeld, Gehrenberg Nr. 82.

M. Mosberg's
weltberühmte
Arbeits-Garderoben.
Anerkannt beste und schnellste Bekleidung.
M. Mosberg's
Arbeitergarderoben
mit der Schutzmarke sind **unerreich!**
Um die allein echten, weltberühmten Fabrikate zu erhalten, absehe man:
M. Mosberg, Bielefeld.

Se nach Wahl
entweder für M. 15, unter Zugabe des **60 Blatt** enthaltenden **Fassaden-Albums**, oder für M. 18, unter Zugabe des **zerlegbaren, bunten Modells eines Hauses**, **Kiesere** meinen werthen Kunden die neueste (11.) Auflage des **Praktischen Maurer**, ausführlich besprochen in Nr. 20 des „Grundstein“ von diesem Jahre. Bei **Wartzahlung** 5 Pzt. **Abzug**. **Zahlung** monatlich M. 6. Auch zur **Vieferung** jedes anderen Buches. **W** empfiehlt sich bestens die **Verhandlung** v. **Arthur Gasch**, Leipzig, **Auerbach's Hof**.
Druck: **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt-Kuer & Co.** in Hamburg.